

JULIAN M. EGELHOF

Ausschüttungssperren in der Organschaft

*Veröffentlichungen zum
Steuerrecht*

9

Mohr Siebeck

Veröffentlichungen zum Steuerrecht

herausgegeben von

Joachim Englisch, Heike Jochum
und André Meyer

9



Julian M. Egelhof

Ausschüttungssperren in der Organschaft

Zum Verhältnis von Konzernrecht
und Konzernbesteuerung

Mohr Siebeck

Julian M. Egelhof, geboren 1991; Studium der Rechtswissenschaft an der Universität Freiburg sowie am Trinity College Dublin; Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Lehrstuhl für Betriebswirtschaftliche Steuerlehre der Universität Freiburg; 2019 Promotion; 2020 Steuerberaterprüfung; seit 2020 Referendariat am Hanseatischen Oberlandesgericht Hamburg, mit Stationen unter anderem beim Bundesministerium der Finanzen; Lehrbeauftragter an der Universität Freiburg.

orcid.org/0000-0001-9703-2049

ISBN 978-3-16-158986-7/ eISBN 978-3-16-158987-4

DOI 10.1628/978-3-16-158987-4

ISSN 2509-3347 / eISSN 2569-4561 (Veröffentlichungen zum Steuerrecht)

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliographie; detaillierte bibliographische Daten sind über <http://dnb.dnb.de> abrufbar.

© 2020 Mohr Siebeck Tübingen. www.mohrsiebeck.com

Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung des Verlags unzulässig und strafbar. Das gilt insbesondere für die Verbreitung, Vervielfältigung, Übersetzung und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

Das Buch wurde von Gulde Druck in Tübingen aus der Times gesetzt, auf alterungsbeständiges Werkdruckpapier gedruckt und gebunden.

Printed in Germany.

Geleitwort zu dieser Reihe und zu diesem Buch

Das Steuerrecht ist öffentliches Eingriffsrecht von großer wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Relevanz; es durchdringt alle Lebensbereiche und knüpft dabei vielfach an zivilrechtlich vorstrukturierte und gestaltete Vorgänge an. Dessen ungeachtet folgt es einer eigenständigen Teleologie, ist darüber hinaus Untersuchungsgegenstand nicht nur der Steuerrechtswissenschaft, sondern zahlreicher weiterer wissenschaftlicher Disziplinen, und zudem rechtspolitisch ein von hoher Dynamik geprägtes Rechtsgebiet. Grundlegende, nicht selten von der tagespolitischen Diskussion überdeckte Probleme zu identifizieren, sie in den Gesamtkontext der Steuerrechtswissenschaft einzuordnen, sie methodisch wie auch verfassungsrechtlich rückzubinden und zukunftsweisende Lösungsansätze zu entwickeln, stellt deshalb eine besondere Herausforderung dar. Arbeiten, die steuerrechtswissenschaftlichen Forschungsfragen in dieser Weise auf den Grund gehen, bietet die Reihe eine gemeinsame Plattform. Willkommen sind Arbeiten mit öffentlich-rechtlichem, privatrechtlichem oder auch strafrechtlichem Hintergrund, doch ist die Reihe auch offen für interdisziplinäre Ansätze, vornehmlich aus dem Bereich der Wirtschaftswissenschaften, der Soziologie und der Politikwissenschaften.

Die vorliegende Arbeit bewegt sich im Schnittbereich von Zivilrecht und Steuerrecht. *Julian Egelhof* untersucht, wie sich gesellschaftsrechtliche Ausschüttungssperren auf die Durchführung von Gewinnabführungsverträgen auswirken. Den Hintergrund seiner Überlegungen bildet das Steuerrecht, denn bei fehlerhafter Rechtsanwendung besteht die Gefahr, dass eine Organschaft, die durch den Gewinnabführungsvertrag konstituiert werden soll, am Durchführungserfordernis scheitert. *Egelhof* untersucht in umfassender Weise, ob die vielfältigen, in der Zivilrechtsordnung vorzufindenden Ausschüttungssperren zugleich die Gewinnabführung hindern und welche Auswirkungen sie auf die Verlustausgleichspflicht haben. Er gelangt zu einem differenzierten Gesamtbild und formuliert konkrete Gestaltungsvorschläge *de lege ferenda*. Darüber hinaus erörtert er, wie angesichts der in Gesetzgebung und Rechtsprechung nicht genügend geklärten zivilrechtlichen Lage mit dem steuerrechtlichen Durchführungserfordernis umzugehen ist, wenn es aufgrund eines unzutreffenden Verständnisses der

Rechtslage zu Fehlern kommt. Die Dissertation *Egelhofs* schließt mithin eine praktisch wichtige und wissenschaftlich reizvolle Forschungslücke.

Die Herausgeber

Vorwort

Die vorliegende Arbeit wurde im Sommersemester 2019 von der Juristischen Fakultät der Albert-Ludwigs-Universität Freiburg als Dissertation angenommen. Sie entstand im Rahmen meiner Tätigkeit als Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Lehrstuhl für Betriebswirtschaftliche Steuerlehre dieser Universität zwischen 2016 und 2018. Zum Zwecke der Veröffentlichung erfolgten eine geringfügige Überarbeitung sowie eine Änderung des bisherigen Arbeitstitels. Literatur und Rechtsprechung konnten noch bis zum 1.1.2019 berücksichtigt werden.

Zuvörderst gilt mein Dank meinem hochverehrten Doktorvater Herrn StB Professor Dr. *Wolfgang Kessler* für die herausragende persönliche und fachliche Förderung, die ich im Laufe der Jahre als sein – zunächst studentischer, später wissenschaftlicher – Mitarbeiter erfahren durfte. Ein Lehrstuhl wie der von ihm geführte, an welchem die mit dem Steuerrecht befassten Juristen, Volks- und Betriebswirte bei besten Arbeitsbedingungen und unter größter wissenschaftlicher Freiheit gemeinsamen und eigenen Forschungsfragen nachgehen, dürfte in Deutschland nicht leicht seinesgleichen finden.

Herrn Professor Dr. *Boris P. Paal*, M.Jur. (Oxford) danke ich für die zügige Erstellung des Zweitgutachtens. Sodann gilt mein Dank Frau RA/StB Dr. *Lisa Riedel*, M.Sc und ihrem akademischen Lehrer Herrn Professor Dr. *Joachim Hennrichs* für die Anregung, auf die das Thema der Arbeit zurückgeht.

Herrn Professor Dr. *Joachim Englisch*, Frau Professor Dr. *Heike Jochum*, Mag. rer. publ. und Herrn Professor Dr. *André Meyer* danke ich für die Aufnahme in ihre Schriftenreihe und die damit verbundene Durchführung des Peer Review. Für die angenehme und sachkundige verlegerische Betreuung danke ich Frau Dr. *Julia Caroline Scherpe-Blessing*, LL.M. (Cambridge) vom Mohr Siebeck Verlag und ihrem Team.

Die Erstellung der Arbeit wurde gefördert durch ein Promotionsstipendium des Vereins *Steuern in Forschung und Praxis e.V.*, Freiburg; ihre Drucklegung durch Mittel der *Johanna und Fritz Buch Gedächtnis-Stiftung*, Hamburg. Beiden Institutionen bin ich dafür zum Dank verpflichtet.

Meinen guten Freunden und (ehemaligen) Kollegen vom Lehrstuhl für Betriebswirtschaftliche Steuerlehre, Dr. *Dominik Probst*, *Peter Reingen*, M.Sc., Dipl.-Vw. *Lemme Treufeldt-Kis*, Ref. iur. *Hannah Beck*, *Alexander Spsychalski*,

M.Sc., StB/FBISr Dr. *Moritz Philipp*, cand. iur. *Christian Bötzel* und Dr. *Jörg Lindemer* danke ich herzlich für gelungene gemeinsame Projekte und eine sehr schöne Zeit.

Meinen lieben Freunden StB/FBISr Dr. *Sebastian Mirbach* und Ref. iur. *Philipp Pordzik* danke ich herzlich für ihre fachliche und persönliche Unterstützung in steuerlichen und außersteuerlichen Fragestellungen; ersterem überdies für das Gegenlesen von Teilen des Manuskripts. Meiner lieben Freundin *Cornelia Kohnle*, M.A. danke ich ebenso herzlich für ihren fortwährenden vertrauensvollen persönlichen Rat, auf den ich mich stets verlassen konnte.

Mein innigster Dank gilt indes meinen Eltern *Joachim* und *Ursula* und meinen Großeltern; ich verdanke ihnen viel mehr als nur meine Ausbildung. Meine beiden Großväter konnten die Fertigstellung meiner Dissertation nicht mehr erleben – ihnen widme ich dieses Werk.

Dr. iur. Julian M. Egelhof,
im November 2019

Inhaltsverzeichnis

Geleitwort zu dieser Reihe und zu diesem Buch	V
Vorwort	VII
Kapitel 1: Einordnung des Untersuchungsgegenstandes und Gang der Untersuchung	1
A. Problemstellung und Untersuchungsgegenstand	1
B. Relevanz und Aktualität des Themas	6
C. Bisheriger Forschungsstand	7
D. Gang der Untersuchung	8
Kapitel 2: Die Grenzen der Gewinnverteilung und ihre Bedeutung für die körperschaftsteuerliche Organschaft	11
A. Begriff und Grenzen der Gewinnausschüttung	11
I. Begriff der Gewinnausschüttung	11
II. Inhärente Grenzen der Gewinnausschüttung	12
1. Ausschüttungspotenzial der AG	13
2. Ausschüttungspotenzial der GmbH	14
B. Begriff und Grenzen der Gewinnabführung	15
I. Begriff der Gewinnabführung	15
1. Voraussetzungen des Gewinnabführungsvertrages	15
2. Rechtsfolgen des Gewinnabführungsvertrages	19
a) Vertraglicher Anspruch des herrschenden gegen das abhängige Unternehmen auf Gewinnabführung	19
b) Verminderter Kapitalschutz	23
c) Gesetzlicher Anspruch des abhängigen gegen das herrschende Unternehmen auf Verlustausgleich	25
d) Beschleunigte Rücklagenbildung; Gläubiger- und Minderheitenschutz	28
II. Inhärente Grenzen der Gewinnabführung	31
1. Abführungspotenzial der AG	31
2. Abführungspotenzial der GmbH	33

C. Bedeutung für die körperschaftsteuerliche Organschaft	34
I. Rechtsfolgen und Voraussetzungen der körperschaftsteuerlichen Organschaft	34
II. Der Gewinnabführungsvertrag und seine Durchführung als besondere Voraussetzungen der Organschaft	37
III. Missachtung von Abführungssperren als Verstoß gegen die Anforderungen an den Gewinnabführungsvertrag und seine Durchführung	39
 Kapitel 3: Die außerbilanziellen Ausschüttungssperren und ihre Auswirkungen bei Bestehen eines Gewinnabführungsvertrages	41
A. Die Ausschüttungssperre bezüglich bestimmter unsicherer Aktivposten (§ 268 Abs. 8 HGB)	42
I. Überblick und Problemstellung	42
II. Gesetzssystematische Einordnung	43
III. Anwendungsbereich und Funktionsweise	44
1. Persönlicher Anwendungsbereich	44
2. Sachlicher Anwendungsbereich	44
a) Grundlegende Funktionsweise	44
b) Latente Steuern (§ 268 Abs. 8 S. 2 HGB)	47
c) Immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens (§ 268 Abs. 8 S. 1 HGB)	48
aa) Abgrenzung der erfassten Vermögensgegenstände	49
(1) Abstrakte Aktivierbarkeit	49
(2) Immaterielle Vermögensgegenstände	51
(3) Selbstgeschaffene Vermögensgegenstände	53
(4) Vermögensgegenstände des Anlagevermögens	55
(5) Besonderes Aktivierungsverbot	56
(6) Zeitpunkt der Aktivierung	57
(7) Analoge Anwendung auf unentgeltlich erworbene immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens	58
bb) Auf selbstgeschaffene Vermögensgegenstände des Anlagevermögens entfallende latente Steuern	60
d) Unterschiedsbetrag zwischen Bewertung des Planvermögens zum Zeitwert und Anschaffungskosten (§ 268 Abs. 8 S. 3 HGB)	61
aa) Planvermögen	62
bb) Anschaffungskosten	64

e) Zur Deckung heranzuziehende freie Eigenkapitalbestandteile	65
aa) Begriff der frei verfügbaren Rücklagen	65
(1) Kapitalrücklagen	66
(2) Gewinnrücklagen	68
bb) Gewinn- bzw. Verlustvortrag	68
3. Zeitlicher Anwendungsbereich und Funktionsweise in den Folgejahren der Aktivierung	69
IV. Auswirkungen auf den Höchstbetrag der Gewinnabführung . . .	69
1. Abführungssperre dem Grunde nach – Verweisungstechnik . .	69
2. Abführungssperre der Höhe nach – Besonderheiten bei der Ermittlung des abführungsgesperreten Betrages gegenüber dem ausschüttungsgesperreten Betrag	70
a) Auswirkung latenter Steuern im Organkreis	70
aa) Minderung der Beträge für selbstgeschaffene immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens um passive latente Steuern? . .	70
(1) Wortlaut	72
(2) Systematik	72
(3) Telos	72
(4) Zwischenfazit	74
bb) Minderung der Beträge der Zeitwertbewertung von Deckungsvermögen um passive latente Steuern? . . .	74
cc) Überhänge aktiver latenter Steuern	75
b) Frei verfügbare Rücklagen einer Organgesellschaft	75
c) Gewinn- bzw. Verlustvortrag	76
3. Analoge Anwendung auf unentgeltlich erworbene immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens	77
V. Auswirkungen auf die Verlustausgleichspflicht	77
1. Problemstellung	77
2. Wortlaut	77
3. Literaturauffassungen	78
4. Stellungnahme	78
VI. Zwischenergebnis	81
B. Die Ausschüttungssperre bezüglich vermindert abgezinster Pensionsrückstellungen (§ 253 Abs. 6 HGB)	82
I. Überblick und Problemstellung	82
II. Gesetzssystematische Einordnung	83
III. Anwendungsbereich und Funktionsweise	83
1. Persönlicher Anwendungsbereich	84

2.	Sachlicher Anwendungsbereich	84
a)	Grundlagen	84
b)	Erfasste Rückstellungen für Altersversorgungsverpflichtungen	86
c)	Abstockungsgewinn	87
d)	Zur Deckung heranzuziehende freie Eigenkapitalbestandteile	88
IV.	Zusammentreffen mit anderen Ausschüttungssperren	88
1.	Zusammentreffen mit bilanziellen Ausschüttungssperren	88
2.	Zusammentreffen mit anderer außerbilanzieller Ausschüttungssperre	88
a)	Grundsätzliche Anwendung nebeneinander	88
b)	Berücksichtigung gegenläufiger Effekte latenter Steuern	89
3.	Zusammentreffen mit funktionaler Ausschüttungssperre – fiktive Rücklagenbildung gem. § 71 Abs. 2 S. 2 AktG	89
V.	Auswirkungen auf den Höchstbetrag der Gewinnabführung	92
1.	Fehlen einer Verweisung entsprechend § 268 Abs. 8 HGB	92
2.	Auslegung der §§ 253 Abs. 6 HGB, 301 AktG	92
3.	Analogie zu § 301 S. 1 AktG	92
4.	Zwischenfazit	94
5.	Disposition durch Rücklagenbildung	94
VI.	Auswirkungen auf die Verlustausgleichspflicht	97
VII.	Übergangsregelung	97
1.	Gesellschaften, deren Geschäftsjahr dem Kalenderjahr entspricht	98
2.	Gesellschaften mit abweichendem Geschäftsjahr	98
VIII.	Zwischenergebnis	99
C.	Die Ausschüttungssperren bezüglich vereinfachter Kapitalherabsetzung in AG und GmbH (§§ 230, 233 Abs. 1, 2 AktG; §§ 58b, 58d Abs. 1, 2 GmbHG)	100
I.	Überblick und Problemstellung	100
II.	Gesetzsystematische Einordnung	101
III.	Anwendungsbereich und Funktionsweise	102
1.	Das geschützte Interesse: Vereinfachte Kapitalherabsetzung als Problem des Gläubigerschutzes und des Minderheitenschutzes	102
a)	Interessenlage bei ordentlicher Kapitalherabsetzung	102
aa)	Gläubigerschutz	102
bb)	Minderheitenschutz	104
b)	Abweichende Gewichtung der Interessen bei vereinfachter Kapitalherabsetzung	105

c) Zwischenfazit	107
2. Ausschüttungssperre bzgl. Buchgewinn infolge vereinfachter Kapitalherabsetzung	107
a) Recht der AG, § 230 AktG	107
b) Recht der GmbH, § 58b Abs. 1 GmbHG	108
3. Folgeausschüttungssperre dem Grunde nach	108
a) Recht der AG, § 233 Abs. 1 AktG	108
aa) Sachlicher Anwendungsbereich	108
bb) Zeitlicher Anwendungsbereich	110
cc) Analoge Anwendung bei Kapitalherabsetzung durch Einziehung von Aktien, § 237 Abs. 5 AktG	111
b) Recht der GmbH, § 58d Abs. 1 GmbHG	111
aa) Sachlicher Anwendungsbereich	111
bb) Zeitlicher Anwendungsbereich	112
4. Folgeausschüttungssperre der Höhe nach	115
a) Recht der AG, § 233 Abs. 2 AktG	115
aa) Sachlicher Anwendungsbereich	115
bb) Zeitlicher Anwendungsbereich	116
b) Recht der GmbH, § 58d Abs. 2 GmbHG	116
aa) Sachlicher Anwendungsbereich	116
bb) Zeitlicher Anwendungsbereich	117
IV. Zusammentreffen mit anderen Ausschüttungssperren	117
1. Ausschüttungssperre bezüglich des Buchgewinns infolge vereinfachter Kapitalherabsetzung	117
2. Folgeausschüttungssperre dem Grunde nach	118
3. Folgeausschüttungssperre der Höhe nach	119
V. Auswirkungen auf den Höchstbetrag der Gewinnabführung	119
1. Abführungssperre bezüglich des Buchgewinns infolge vereinfachter Kapitalherabsetzung	119
2. Bestehen einer Folgeabführungssperre dem Grunde nach rechtsformabhängig	121
a) Recht der AG	121
aa) Auslegung des § 233 Abs. 1 AktG	121
bb) Analogie zu § 301 S. 1 AktG	121
(1) Argumente gegen eine planwidrige Regelungslücke	121
(2) Die Gegenauffassung	122
(3) Stellungnahme	122
b) Recht der GmbH	128
aa) Auslegung des § 58d Abs. 1 GmbHG	128
bb) Analogie zu § 301 AktG	129

3. Folgeabführungssperre der Höhe nach	129
a) Recht der AG	129
b) Recht der GmbH	130
4. Zwischenfazit	130
VI. Auswirkungen auf die Verlustausgleichspflicht	131
1. Ausschüttungssperre bzgl. Buchgewinn infolge vereinfachter Kapitalherabsetzung	131
2. Folgeausschüttungssperren dem Grunde und der Höhe nach	133
VII. Zwischenergebnis	133
D. Ergebnisse für außerbilanzielle Ausschüttungssperren	134

Kapitel 4: Die ausschüttungsgesperreten Rücklagen und ihre Auswirkungen bei Bestehen eines Gewinnabführungsvertrages 137

A. Die Ausschüttungssperre bezüglich phasengleicher Vereinnahmung von Gewinnanteilen aus Beteiligungen (§ 272 Abs. 5 HGB)	138
I. Überblick und Problemstellung	138
II. Gesetzessystematische Einordnung	138
III. Anwendungsbereich und Funktionsweise	139
1. Persönlicher Anwendungsbereich	139
2. Sachlicher Anwendungsbereich	139
a) Phasengleiche Vereinnahmung von Beteiligungsergebnissen	139
aa) Grundlagen: Tomberger-Rechtsprechung und unionsrechtliche Vorgaben	139
bb) Begriff des auf die Beteiligung entfallenden Teils des Jahresüberschusses	141
cc) Begriff des Anspruchs	142
b) Zuschreibung nach vorheriger außerplanmäßiger Abschreibung von Beteiligungen	143
c) Zwischenfazit	144
IV. Zusammentreffen mit anderen Ausschüttungssperren	144
V. Auswirkungen auf den Höchstbetrag der Gewinnabführung	144
1. Auslegung der §§ 272 Abs. 5 HGB, 301 AktG	145
2. Analogie zu § 301 S. 1 AktG i. V.m. § 300 Nr. 1 AktG	146
a) Planwidrige Regelungslücke	146
b) Rechtliche Vergleichbarkeit der Interessenlage	147
aa) Die § 272 Abs. 5 HGB zugrunde liegende Interessenlage	147
bb) Die §§ 301 S. 1, 300 Nr. 1 AktG zugrunde liegende Interessenlage	148

cc) Zwischenfazit	150
VI. Auswirkungen auf die Verlustausgleichspflicht	150
VII. Zwischenergebnis	151
B. Die Ausschüttungssperre bezüglich der Anteile an einem herrschendem oder mit Mehrheit beteiligten Unternehmen (§ 272 Abs. 4 HGB)	152
I. Überblick und Problemstellung	152
II. Gesetzssystematische Einordnung	152
III. Anwendungsbereich und Funktionsweise	153
1. Das geschützte Interesse: Erwerb eigener Anteile durch eine Kapitalgesellschaft als Problem des Gläubigerschutzes	153
a) Gesellschaftsrechtlicher Kapitalschutz bei unmittelbarem Erwerb eigener Anteilen durch eine AG	154
b) Gesellschaftsrechtlicher Kapitalschutz bei unmittelbarem Erwerb eigener Anteilen durch eine GmbH	155
c) Rechtsformneutrales Aktivierungsverbot	156
2. Mittelbarer Erwerb von Anteilen durch eine Tochtergesellschaft	156
a) AG als Muttergesellschaft	156
b) GmbH als Muttergesellschaft	157
c) Bilanzielle Behandlung: Aktivierung bei gleichzeitiger Bildung einer ausschüttungsgesperrten Rücklage	158
IV. Zusammentreffen mit anderen Ausschüttungssperren	159
V. Auswirkung auf den Höchstbetrag der Gewinnabführung	159
VI. Auswirkung auf die Verlustausgleichspflicht	161
VII. Zwischenergebnis	161
C. Die ausschüttungsgesperrte Rücklage der Unternehmergesellschaft (haftungsbeschränkt) gem. § 5a Abs. 3 GmbHG	163
I. Überblick und Problemstellung	163
II. Gesetzssystematische Einordnung	164
III. Anwendungsbereich und Funktionsweise	165
1. Bemessungsgrundlage	165
a) Jahresüberschuss als Ausgangspunkt	165
b) Hinzurechnung verdeckter Gewinnausschüttungen zur Bemessungsgrundlage?	165
2. Keine zeitliche Begrenzung oder Begrenzung der Höhe nach	168
3. Verwendungsmöglichkeiten	169
IV. Zusammentreffen mit anderen Ausschüttungssperren	169
1. Abzug außerbilanziell ausschüttungsgesperrter Bestandteile des Jahresüberschusses von der Bemessungsgrundlage?	170

2. Keine „freie Rücklage“ im Sinne der §§ 268 Abs. 8, 253 Abs. 6 HGB	172
3. Verhältnis zu anderen bilanziellen Ausschüttungssperren	172
4. Zwischenfazit	172
V. Auswirkung auf den Höchstbetrag der Gewinnabführung	173
1. UG (haftungsbeschränkt) als abhängiges Unternehmen bei Bestehen eines Gewinnabführungsvertrages	173
2. Analogie zu § 301 S. 1 AktG i. V.m. § 300 Nr. 1 AktG	176
VI. Auswirkung auf die Verlustausgleichspflicht	176
VII. Zwischenergebnis	177
D. Die Ausschüttungssperre für eingeforderte, aber noch nicht eingezahlte Nachschüsse (§ 42 Abs. 2 S. 3 GmbHG)	177
I. Überblick und Problemstellung	177
II. Gesetzssystematische Einordnung	179
III. Anwendungsbereich und Funktionsweise	179
1. Das geschützte Interesse	179
2. Sachlicher Anwendungsbereich	181
a) Voraussetzungen der Einstellung in die Rücklage	181
b) Zusätzliche Voraussetzungen bei unbeschränkter Nachschusspflicht i. S. v. § 27 GmbHG	181
c) Rechtslage nach Einzahlung des Nachschusses	182
IV. Zusammentreffen mit anderen Ausschüttungssperren	183
V. Auswirkung auf den Höchstbetrag der Gewinnabführung	183
VI. Auswirkung auf die Verlustausgleichspflicht	185
VII. Zwischenergebnis	185
E. Die ausschüttungsgesperrte Sonderrücklage im Zusammenhang mit Wandelschuldverschreibungen (§ 218 S. 2 AktG)	186
I. Überblick und Problemstellung	186
II. Gesetzssystematische Einordnung	186
III. Anwendungsbereich und Funktionsweise	187
IV. Zusammentreffen mit anderen Ausschüttungssperren	188
V. Auswirkung auf den Höchstbetrag der Gewinnabführung	188
VI. Auswirkung auf die Verlustausgleichspflicht	190
VII. Zwischenergebnis	190
F. Ergebnisse für ausschüttungsgesperrte Rücklagen	191

Kapitel 5: Steuerrechtsfolgen fehlerhafter Gewinnabführung . . .	193
A. Verkennen von Abführungssperren als Durchführungsmangel in der Organshaft	193
B. Kein Durchführungsmangel bei unklarer Zivilrechtslage?	194
C. Unbeachtlichkeit geringfügiger Durchführungsmängel?	197
D. Anwendbarkeit der Durchführungsfiktion bei verkannten Abführungssperren?	198
I. Voraussetzungen der Durchführungsfiktion	199
II. Grundsätzliche Anwendbarkeit auf fehlerhafte Gewinnabführung wegen Verkennens von Abführungssperren	199
1. Fehlerhafter Bilanzansatz durch Verkennen von Abführungssperren	199
a) Handelsrechtlicher Fehlerbegriff maßgeblich	200
b) Verkennen von Abführungssperren führt zu objektiv fehlerhaftem Bilanzansatz	202
c) Objektiv fehlerhafter Bilanzansatz aufgrund verkannter Abführungssperre nicht stets auch subjektiv fehlerhaft	202
aa) Normativ-subjektiver Fehlerbegriff des Handelsrechts auch auf Rechtsfragen anwendbar	203
bb) Konsequenz für Streitige Abführungssperren	204
2. Erkennenmüssen bei Anwendung der Sorgfalt eines ordentlichen Kaufmanns?	205
a) Die enge Literaturlauffassung	205
b) Stellungnahme	206
aa) Fehlerbegriff der Entlastungsregel	206
bb) Begriff des nicht Erkennen Müssens	207
cc) Relevanter Zeitpunkt	208
dd) Maßgebliches Organ	209
3. Zwischenergebnis	210
III. Differenzierung bei Anwendung der Durchführungsfiktion zwischen abführungsgesperren Rücklagen und außerbilanziellen Abführungssperren	210
1. Nichtigkeit des Jahresabschluss bei Verkennen abführungsgesperrrter Rücklagen am Beispiel des § 5a Abs. 3 GmbHG	210
a) Anforderungen an wirksam festgestellten Jahresabschluss i. S. v. § 14 Abs. 1 S. 1 Nr. 3 S. 4 lit. a KStG	211
b) Auswirkungen des Verkennens von § 5a GmbHG auf Wirksamkeit des Jahresabschlusses	211

c) Geltendmachung der Nichtigkeit durch (außenstehende) Aktionäre innerhalb der Sechsmonatsfrist	214
d) Zwischenergebnis	215
2. Nichtigkeit des Jahresabschlusses bei Verkennen anderer bilanzieller Abführungssperren	215
3. Nichtigkeit des Jahresabschlusses bei Verkennen außerbilanzieller Abführungssperren?	215
E. Fehlerkorrektur „an der Quelle“ durch Änderung des Jahresabschlusses	216
F. Ergebnis	218
 Kapitel 6: Zusammenfassung der zentralen Ergebnisse und Regelungsvorschlag	 221
A. Außerbilanzielle Ausschüttungssperren	221
I. Ergebnisse	222
II. Regelungsvorschlag	226
B. Ausschüttungsgesperrte Rücklagen	227
I. Ergebnisse	227
II. Regelungsvorschlag	230
C. Rechtsfolgen fehlerhafter Gewinnabführung	231
 Literaturverzeichnis	 233
 Rechtsquellenverzeichnis	 261
 Rechtsprechungsverzeichnis	 263
 Verzeichnis sonstiger Quellen	 269
 Register	 271

Abkürzungsverzeichnis

a. A.	anderer Ansicht/Auffassung
abl.	ablehnend
AG	Aktiengesellschaft
AG	Die Aktiengesellschaft (Zeitschrift)
AG	Amtsgericht
AktG	Aktiengesetz
AT	Allgemeiner Teil
AT	Amtlicher Teil (des Bundesanzeigers)
BAG	Bundesarbeitsgericht
BAGE	Sammlung der Entscheidungen des Bundesarbeitsgerichts
BAnz	Bundesanzeiger
BayObLG	Bayerisches Oberstes Landesgericht
BB	Betriebs-Berater (Zeitschrift)
Bd.	Band
Beil.	Beilage
Beschl.	Beschluss
BetrAVG	Gesetz zur Verbesserung der betrieblichen Altersversorgung (Betriebsrentengesetz)
BFH	Bundesfinanzhof
BFH/NV	Sammlung nicht amtlich veröffentlichter Entscheidungen des Bundesfinanzhofs
BFHE	Sammlung der Entscheidungen des Bundesfinanzhofs
BFH-PR	Entscheidungen des BFH für die Praxis der Steuerberatung (Zeitschrift)
BFuP	Betriebswirtschaftliche Forschung und Praxis (Zeitschrift)
BGB	Bürgerliches Gesetzbuch
BGBI.	Bundesgesetzblatt
BGH	Bundesgerichtshof
BGHZ	Sammlung der Entscheidungen des Bundesgerichtshofs
BilMoG	Bilanzrechtsmodernisierungsgesetz
BiRUG	Bilanzrichtlinie-Umsetzungsgesetz
BMF	Bundesministerium der Finanzen
BR-Drs.	Bundesrats-Drucksache
BStBl.	Bundessteuerblatt
BT-Drs.	Bundestags-Drucksache
BVerfG	Bundesverfassungsgericht
BVerfGE	Sammlung der Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts
BNWotZ	Zeitschrift für das Notariat in Baden- Württemberg

CCZ	Corporate Compliance Zeitschrift
DB	Der Betrieb (Zeitschrift)
d. h.	das heißt
Diss.	Dissertation
DK	Der Konzern (Zeitschrift)
DRS	Deutscher Rechnungslegungsstandard
DStR	Deutsches Steuerrecht (Zeitschrift)
DStRE	Deutsches Steuerrecht – Entscheidungsdienst (Zeitschrift)
DStRK	Deutsches Steuerrecht kurzgefasst (Zeitschrift)
DStZ	Deutsche Steuerzeitung (Zeitschrift)
DZWIR	Deutsche Zeitschrift für Wirtschafts- und Insolvenzrecht
EFG	Entscheidungen der Finanzgerichte (Zeitschrift)
EL	Ergänzungslieferung
ERP	Enterprise Resource Planning Software
EU	Europäische Union
EWG	Europäische Wirtschaftsgemeinschaft
EwIR	Entscheidungen zum Wirtschaftsrecht (Zeitschrift)
FA	Finanzamt
FG	Finanzgericht
FR	Finanzrundschau (Zeitschrift)
FS	Festschrift
GbR	Gesellschaft bürgerlichen Rechts
GE	Geldeinheiten
GenG	Genossenschaftsgesetz
Gerichtsbesch.	Gerichtsbescheid
GewStG	Gewerbesteuergesetz
GG	Grundgesetz
gl.A.	gleicher Ansicht/Auffassung
GmbH	Gesellschaft mit beschränkter Haftung
GmbHG	Gesetz betreffend die Gesellschaften mit beschränkter Haftung
GmbHR	GmbH-Rundschau (Zeitschrift)
GmbH-StB	GmbH-Steuerberater (Zeitschrift)
GmS-OBG	Gemeinsamer Senat der obersten Gerichtshöfe des Bundes
GoB	Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung
GrS	Großer Senat
GStB	Gestaltende Steuerberatung (Zeitschrift)
GuV	Gewinn- und Verlustrechnung
GWR	Gesellschafts- und Wirtschaftsrecht (Zeitschrift)
h. M.	herrschende Ansicht/Auffassung
Habil.	Habilitationsschrift
HdB	Handbuch
HGB	Handelsgesetzbuch
i. d. F.	in der Fassung
i. E.	im Ergebnis
i. R. d.	im Rahmen des/der
i. S. d.	im Sinne des/der
i. S. v.	im Sinne von
IAS	International Accounting Standards

IFRS	International Financial Reporting Standards
Ifst	Institut Finanzen und Steuern
INF	Die Information über Steuer und Wirtschaft (Zeitschrift)
ISrR	Internationales Steuerrecht (Zeitschrift)
JA	Juristische Arbeitsblätter (Zeitschrift)
JherJb	Jherings Jahrbücher für die Dogmatik des bürgerlichen Rechts
JuS	Juristische Schulung (Zeitschrift)
KG	Kammergericht Berlin
KG	Kommanditgesellschaft
KoR	Zeitschrift für internationale und kapitalmarktorientierte Rechnungslegung
krit.	kritisch
KSt	Körperschaftsteuer
LG	Landgericht
MittBayNot	Mitteilungen des Bayerischen Notarvereins
MittRhNotK	Mitteilungen der Rheinischen Notarkammer
MoMiG	Gesetz zur Modernisierung des GmbH-Rechts und zur Bekämpfung von Missbräuchen
m. w. N.	mit weiteren Nachweisen
NJW	Neue Juristische Wochenschrift (Zeitschrift)
NJW-RR	NJW-Rechtssprechung-Report Zivilrecht
NVwZ	Neue Zeitschrift für Verwaltungsrecht
NWB	Neue Wirtschafts-Briefe (Zeitschrift)
NZA	Neue Zeitschrift für Arbeitsrecht
NZG	Neue Zeitschrift für Gesellschaftsrecht
OHG	Offene Handelsgesellschaft
OLG	Oberlandesgericht
OVGSt	Entscheidungen des (Königlichen) Preußischen Oberverwaltungsgerichts in Staatssteuersachen
PatG	Patentgesetz
RAP	Rechnungsabgrenzungsposten
RegE	Regierungsentwurf
RGBl.	Reichsgesetzblatt
RGZ	Sammlung der Entscheidungen des Reichsgerichts in Zivilsachen
RIW	Recht der internationalen Wirtschaft (Zeitschrift)
RL	Richtlinie
Rn.	Randnummer
RNotZ	Rheinische Notar-Zeitschrift
Rspr.	Rechtsprechung
RStBl.	Reichssteuerblatt
Rz.	Randziffer
S.	Seite
SE	Societas Europaea (Europäische Aktiengesellschaft)
SGB	Sozialgesetzbuch
sog.	sogeannter/sogeannte/sogeanntes
Stbg	Die Steuerberatung (Zeitschrift)
StBJB	Steuerberater-Jahrbuch
SteuerStud	Steuer und Studium (Zeitschrift)

SteuK	Steuerrecht kurzgefasst (Zeitschrift)
StuB	Unternehmenssteuern und Bilanzen (Zeitschrift)
StuW	Steuer und Wirtschaft (Zeitschrift)
Ubg	Die Unternehmensbesteuerung (Zeitschrift)
UG	Unternehmergesellschaft (haftungsbeschränkt)
UmwG	Umwandlungsgesetz
Univ.	Universität
Urt.	Urteil
UV	Umlaufvermögen
v.	vom
VAG	Versicherungsaufsichtsgesetz
Verfg.	Verfügung
VG	Vermögensgegenstand
VVG	Versicherungsvertragsgesetz
VO	Verordnung
VW	Versicherungswirtschaft (Zeitschrift)
VwVfG	Verwaltungsverfahrensgesetz
WiB	Wirtschaftsrechtliche Beratung (Zeitschrift)
WM	Wertpapier-Mitteilungen (Zeitschrift)
Wpg	Die Wirtschaftsprüfung (Zeitschrift)
z. B.	zum Beispiel
ZBB	Zeitschrift für Bankrecht und Bankwirtschaft
Zeup	Zeitschrift für Europäisches Privatrecht
ZEV	Zeitschrift für Erbrecht und Vermögensnachfolge
ZGR	Zeitschrift für Unternehmens- und Gesellschaftsrecht
ZHR	Zeitschrift für das gesamte Handelsrecht und Wirtschaftsrecht
ZIP	Zeitschrift für Wirtschaftsrecht
zit.	zitiert als
ZPO	Zivilprozessordnung
zust.	Zustimmend
ZVersWiss	Zeitschrift für die gesamte Versicherungswissenschaft

Kapitel 1

Einordnung des Untersuchungsgegenstandes und Gang der Untersuchung

A. Problemstellung und Untersuchungsgegenstand

Der Konzern ist bekanntlich kein Steuersubjekt.¹ Dem konzernrechtlichen Trennungsprinzip folgend, verlieren selbst wirtschaftlich und gesellschaftsrechtlich eng verflochtene Kapitalgesellschaften nicht ihre steuerliche Selbständigkeit:² Gewinne müssen grundsätzlich auch in tief gestaffelten Konzernen an die jeweils übergeordnete Ebene ausgeschüttet und dort im Ergebnis zu 5 %³ in die körperschaftsteuerliche Bemessungsgrundlage einbezogen werden; Verluste sind nicht ohne Weiteres zwischen den Konzerngesellschaften verrechenbar⁴.

Die Rufe nach der Einführung eines geschlossenen Systems der Gruppenbesteuerung⁵ sind ungehört verhallt. Stattdessen existieren weiterhin einige Rechtsinstitute betreffend die Besteuerung verbundener Unternehmen nebeneinander.⁶ Deren ertragsteuerliches Herzstück ist die in den §§ 14 ff. KStG geregelte körperschaftsteuerliche⁷ Organshaft.⁸ Rechtsfolge der körperschaftsteuerlichen Organ-

¹ Vgl. *Kessler*, in: *Kessler/Kröner/Köhler*, Konzernsteuerrecht, § 1 Rn. 1.

² *Kessler*, Euro-Holding, 1996, 17.

³ § 8b Abs. 1 S. 1 i. V. m. Abs. 5 S. 1 KStG. Dazu aus rechtsvergleichender Sicht *Kessler/Egelhoff/Probst*, *StuW* 2018, 255, 256 ff.

⁴ Durch die Mindestbesteuerung des § 10d EStG i. V. m. § 8 Abs. 1 S. 1 KStG und die teilweise überschießenden Verlustnutzungsbeschränkungen des § 8c KStG kann es sogar zu einem Untergang ungenutzter Verluste kommen, obwohl sich die wirtschaftliche Identität des Steuerpflichtigen nicht ändert, vgl. *Kessler/Egelhoff/Probst*, *DStR* 2018, 1945, 1950. Dies ist verfassungsrechtlich problematisch, *Kessler/Egelhoff/Probst*, *DStR* 2017, 1289; *Kessler/Egelhoff/Probst*, *DStR* 2017, 2377, 2385; *Mirbach*, *BB* 2017, 2662.

⁵ Siehe nur *Havermann*, in: *FS-Goerdeler*, 1987, 173; *Kessler*, in: *FS-Herzig*, 2010, 285; *Kessler/Philipp*, *Ubg* 2010, 867; *Köhler*, *Besteuerung von Konzern und Kartell*, 1970, 69 f.; *Prinz*, *FR* 2018, 916, 924 f.; dagegen *Ismer*, *DStR* 2012, 821. Zur österreichischen Gruppenbesteuerung als möglichem Vorbild *Hirschler/Schindler*, *ISr* 2004, 505.

⁶ *Frotscher*, in: *Frotscher/Drüen*, *KStG*, § 14 Rn. 1.

⁷ Ihre – vorliegend nicht zu behandelnde – gewerbsteuerliche Entsprechung findet sich in § 2 Abs. 2 S. 2 *GewStG*.

⁸ *Kessler/Kröner/Köhler*, in: *Kessler/Kröner/Köhler*, Konzernsteuerrecht, V.

schaft ist die Zurechnung⁹ des Einkommens der Organgesellschaft an den Organträger und somit eine Durchbrechung des steuerlichen Trennungsprinzips. Wesentliche Tatbestandsvoraussetzung¹⁰ der körperschaftsteuerlichen Organschaft ist ein Gewinnabführungsvertrag¹¹ i. S. v. § 291 Abs. 1 S. 1 AktG zwischen Organgesellschaft und Organträger, durch den sich die Organgesellschaft zur Abführung des ganzen Gewinns und der Organträger zur Deckung des ganzen Verlusts der Organgesellschaft verpflichtet.¹² Der Gewinnabführungsvertrag muss während seiner gesamten Geltungsdauer tatsächlich durchgeführt werden, § 14 Abs. 1 S. 1 Nr. 3 S. 1 KStG.

Ob ein Gewinnabführungsvertrag zwischen zwei Kapitalgesellschaften besteht und ob die sich aus ihm ergebenden Pflichten erfüllt werden, ist aber – jedenfalls im Ausgangspunkt – eine konzernrechtliche, keine steuerrechtliche Frage.¹³ Mithin verweist die steuerrechtliche Vorschrift des § 14 Abs. 1 KStG auf die konzernrechtlichen Vorschriften der §§ 291 ff. AktG. Steuerrechtliche Einkommenszurechnung erfolgt also nur unter der Voraussetzung handelsrechtlicher Ergebnisabführung, welche determiniert ist durch den Höchstbetrag der Gewinnabführung (§ 301 AktG) und die Verlustausgleichspflicht (§ 302 AktG).

Diese Verweisung des Steuerrechts auf das Konzernrecht wurde mitunter für wenig segensreich gehalten, werden doch so konzernrechtliche Unwägbarkeiten in das Steuerrecht gleichsam inkorporiert.¹⁴ Sie ist als Wertungsentscheidung des

⁹ Nunmehr kodifiziert in § 14 Abs. 1 S. 1 HS 1 KStG; zuvor bereits RFH, Gutachten v. 26.7.1932, RStBl. 1933, 136. Vgl. dazu auch *Grosch*, Einkünfteerzielung und Steuerschuldnerschaft, 2017, 107; *Montag*, in: Tipke/Lang, Steuerrecht, 2018, § 14 Rn. 9; *Orth*, DK 2005, 79. Eingehend zu den dogmatischen Grundlagen der Organschaft unter Berücksichtigung der Rechtsprechung des Preußischen OVG und des RFH *Kessler*, Betriebsaufspaltung, 1989, 120 ff.

¹⁰ *Krumm*, in: Blümich, KStG, § 14 KStG Rn. 1: „prägende[s] Merkmal“.

¹¹ Im Schrifttum wird gelegentlich die Bezeichnung „Ergebnisabführungsvertrag“ (kurz: „EAV“) verwendet, um die Verlustausgleichspflicht des herrschenden Unternehmens zu betonen (statt vieler *Grewer*, DStR 1997, 745; *Hermanns*, RNotZ 2015, 632; *Nodoushani*, DStR 2017, 399). In der vorliegenden Arbeit ist gleichwohl die Rede vom „Gewinnabführungsvertrag“. Dies entspricht nicht nur der Terminologie des Gesetzes (§ 291 Abs. 1 Alt. 1 AktG), sondern ist auch dogmatisch präziser: Nach heute ganz h.M. ergibt sich nur die Gewinnabführungspflicht aus dem Unternehmensvertrag, während es sich bei der Verlustausgleichspflicht um ein gesetzliches Dauerschuldverhältnis (§ 302 AktG) handelt, welches den Unternehmensvertrag nur zur Tatbestandsvoraussetzung hat, grundlegend *K. Schmidt*, ZGR 1983, 513, 517.

¹² Damit ist Deutschland im internationalen Vergleich zunehmend isoliert, *Kessler/Arnold*, IStR 2016, 226, 230; *Kessler/Philipp*, Ubg 2010, 867; *Schön*, in: Herzig, Organschaft, 2003, 621.

¹³ BFH, Urt. v. 18.12.2002 – I R 51/01, BStBl. II 2005, 49; *Dötsch*, in: Dötsch/Pung/Möhlenbrock, KStG, § 14 Rn. 386. Zutreffend und prägnant auch *Walter*, in: Ernst&Young, KStG, § 14 Rn. 651: „Was als Gewinnabführung i. S. v. § 14 KStG zu verstehen ist, bestimmt sich allein nach Maßgabe des Zivilrechts.“

¹⁴ *Kaeser*, DStR 2010, Beihefter zu Heft 30, 56, geißelt den Gewinnabführungsvertrag gar als „bloße formale Hürde“ der Organschaft; für *Prinz*, FR 2018, 916, 924 f. ist eine Gruppen-

Gesetzgebers *de lege lata* aber hinzunehmen. Etliche der damit verbundenen Probleme praktischer wie auch theoretischer Natur harren indes weiterhin ihrer wissenschaftlichen Aufarbeitung.¹⁵

Dies zeigt sich auch und gerade an dem Erfordernis, den „ganzen Gewinn“ abzuführen: Die gesellschaftsrechtlichen Grenzen der Gewinnabführung sind im Rahmen der körperschaftsteuerlichen Organschaft einzuhalten, aber ihrerseits im Einzelnen lückenhaft und unvollständig geregelt. Im Besonderen gilt dies für das Verhältnis der Ausschüttungssperren, welche die Gewinnverteilung an die Gesellschafter begrenzen, zu dem Höchstbetrag der Gewinnabführung an das herrschende¹⁶ Unternehmen. Die Ausschüttungssperren lassen sich systematisieren in solche, die außerhalb der Bilanz einen bestimmten Betrag von der Gewinnausschüttung ausnehmen (außerbilanzielle Ausschüttungssperren) und solche, die die Bildung einer ausschüttungsgesperren Rücklage anordnen (bilanzielle Ausschüttungssperren).¹⁷

Ausgangsgröße des Höchstbetrages der Gewinnabführung gem. § 301 AktG ist der Jahresüberschuss, der ohne Gewinnabführung entstünde (fiktiver Jahresüberschuss).¹⁸ Dieser Jahresüberschuss ist in einer sog. „Vorbilanz“ zu ermitteln und im endgültigen Jahresabschluss zu passivieren.¹⁹ Vorgänge betreffend die Rücklagenbildung und erst Recht außerbilanzielle Ausschüttungssperren beeinflussen die Höhe des Jahresüberschusses und mithin auch die Höhe des ohne die

besteuerung ohne Erfordernis eines Gewinnabführungsvertrages *de lege ferenda* das „Gebot der Stunde“. Umgekehrt haben die Unternehmensverträge ihre Wurzeln gerade im steuerlichen „Organschaftsvertrag“, der seinerseits infolge der Rechtsprechung des Preußischen Oberverwaltungsgerichts entwickelt wurde, näher *Altmeyen*, in: Münchener Kommentar AktG, Vor § 291 Rn. 11; *Flume*, DB 1955, 485; *Nörr*, ZHR 150 (1986), 155, 173. Zur (auch verfassungsrechtlichen) Rechtfertigung des Gewinnabführungsvertrages als Tatbestandsmerkmal der Organschaft siehe *Neumann*, in: Gosch, KStG, § 14 Rn. 6.

¹⁵ *Kessler/Kröner/Köhler*, in: Kessler/Kröner/Köhler, Konzernsteuerrecht, V. Zu weiteren Problembereichen der ertragsteuerlichen Organschaft im Überblick *Prinz*, FR 2018, 916.

¹⁶ Ein isolierter Gewinnabführungsvertrag begründet für sich genommen keine Konzernvermutung nach § 17 AktG (*Hommelhoff/Freytag*, DStR 1996, 1409), sodass die Termini abhängiges und herrschendes Unternehmen insoweit nicht passen. Liegen die Voraussetzungen des § 14 KStG, insbesondere die finanzielle Eingliederung, vor, so ist die Konzernvermutung des § 17 Abs. 2 AktG aber wegen der die finanzielle Eingliederung, vermittelnden Mehrheitsbeteiligung einschlägig. Die vorliegende Arbeit verwendet daher die Begriffe „abhängiges“ und „herrschendes Unternehmen“ soweit auf die konzernrechtliche Rechtsbeziehung abgestellt wird und die Begriffe „Organgesellschaft“ und „Organträger“, soweit auf die steuerrechtliche Rechtsbeziehung abgestellt wird.

¹⁷ *Mylich*, ZHR 181 (2017), 87, 98.

¹⁸ *Altmeyen*, in: Münchener Kommentar AktG, § 301 Rn. 17; *Koch*, in: Hüffer/Koch, AktG, § 301 Rn. 3; *Servatius*, in: Michalski, GmbHG, Systematische Darstellung 4, Rn. 275.

¹⁹ *Emmerich*, in: Emmerich/Habersack, Konzernrecht, § 291 AktG Rn. 64; *Koppensteiner*, in: Kölner Kommentar AktG, § 291 Rn. 77; *Mülbert*, in: Großkommentar AktG, § 291 Rn. 143.

Gewinnabführung entstehenden Jahresüberschusses nicht, vgl. § 158 AktG.²⁰ Sollen ausschüttungsgesperrte Beträge also den Höchstbetrag der Gewinnabführung mindern und auch abführungsgesperrt sein, so bedarf es hierfür eines normativen Anknüpfungspunktes. Eine § 158 AktG entsprechende Überleitungsvorschrift fehlt indes.²¹

Eine ausdrückliche Regelung in § 301 AktG existiert für den gem. § 268 HGB außerbilanziell ausschüttungsgesperrten Betrag sowie für den gem. § 300 AktG in die (ausschüttungsgesperrte) gesetzliche Rücklage einzustellenden Betrag. Über andere Ausschüttungssperren und ihr Verhältnis zum Höchstbetrag der Gewinnabführung schweigt § 301 AktG.

Nun liegt es einerseits nahe, anzunehmen, Beträge, die nicht im Wege der Gewinnausschüttung an die Gesellschafter ausgekehrt werden dürfen, dürften auch nicht im Wege der Gewinnabführung an das herrschende Unternehmen ausgekehrt werden.²² Andererseits sind Gewinnausschüttung – als Leistung an die Gesellschafter, deren mitgliedschaftliches Gewinnrecht²³ sich durch Beschluss der Gesellschafterversammlung zu einem Zahlungsanspruch verdichtet hat – und Gewinnabführung – als Leistung an das herrschende Unternehmen auf den Anspruch aus dem Unternehmensvertrag, welcher das Gewinnrecht der Gesellschafter gerade beseitigt²⁴ – kategorial verschiedene Tatbestände und auch in verschiedene Gläubiger- und Minderheitenschutzsysteme (Kapitalerhaltungsvorschriften *versus* Verlustausgleichspflicht und Konzerneingangsschutz)²⁵ eingebettet.²⁶

Hat das Zusammenspiel zwischen Ausschüttungssperren und Höchstbetrag der Gewinnabführung noch wenigstens eine lückenhafte Regelung erfahren, so fehlt eine Regelung zum Zusammenspiel mit der Verlustausgleichspflicht vollständig. Somit kann es etwa bei gegenstandsbezogenen Ausschüttungssperren, die einen konkreten Aktivposten neutralisieren (z. B. § 268 Abs. 8 HGB), zu Wertungswider-

²⁰ Mylich, ZHR 181 (2017), 87, 113.

²¹ So auch Mylich, ZHR 181 (2017), 87, 113.

²² Dötsch geht aufgrund dieser Erwägung noch in Dötsch/Pung/Möhlenbrock, KStG, 87. EL 2016, § 14 Rn. 393 davon aus, Ausschüttungssperren wirken bei Bestehen eines Gewinnabführungsvertrages generell als Abführungssperren. Inzwischen (93. EL 2018, Rn. 386) differenzierter, aber mit ähnlicher Tendenz und unter ausdrücklicher Bezugnahme auf Kessler/Egelhof, DStR 2017, 998: „ausschließlich am Wortlaut orientierte Auffassung [hört] den Sinn und Zweck der Ausschüttungssperren aus“. Ähnlich Küting/Lorson/Eichenlaub/Toebe, GmbHR 2011, 1.

²³ Zum mitgliedschaftlichen Gewinnrecht statt aller K. Schmidt, Gesellschaftsrecht, 2002, § 19 III 3.

²⁴ Altmeppen, in: Münchener Kommentar AktG, § 291 Rn. 143; Emmerich, in: Emmerich/Habersack, Konzernrecht, § 291 AktG Rn. 53.

²⁵ Siehe ausführlich unten Kap. 2, B.

²⁶ Kessler/Egelhof, DStR 2017, 998, 1002.

sprüchen kommen.²⁷ Denn bei ertragswirksamer Aktivierung in einem Gewinnjahr erhöht der Ertrag den abzuführenden Gewinn nicht, wenn eine Abführungssperre besteht; das herrschende Unternehmen profitiert also nicht von der Aktivierung. Bei ertragswirksamer Aktivierung in einem Verlustjahr mindert der Ertrag jedoch den auszugleichenden Verlust; die Aktivierung ist aus Sicht des herrschenden Unternehmens also trotz der Abführungssperre vorteilhaft. Besteht – wie in der Praxis häufig²⁸ – neben dem Gewinnabführungsvertrag ein Beherrschungsvertrag, besteht überdies ein Anreiz für das herrschende Unternehmen, Weisungsrechte dahingehend auszuüben, dass z. B. die von § 268 Abs. 8 HGB erfassten unsicheren Aktivposten eher in Verlustjahren aktiviert werden.²⁹

Der Gesetzgeber hat also die Fragen, welche ausschüttungsgespernten Beträge auch abführungsgespernt sind, und wie sich Ausschüttungssperren auf die Verlustausgleichspflicht auswirken, *prima facie* offen gelassen. Der Steuerpflichtige muss darauf aber von Gesetzes wegen Antwort geben: Wird ein nicht abführungsgespernter Betrag zu Unrecht einbehalten oder ein abführungsgespernter Betrag zu Unrecht abgeführt, ist der Gewinnabführungsvertrag, welcher die Abführung des „ganzen“ Gewinns zum Gegenstand hat, grundsätzlich nicht wie geschlossen durchgeführt; entsprechendes gilt für die Verlustausgleichspflicht.³⁰ Ein Tatbestandsmerkmal der ertragsteuerlichen Organschaft liegt dann nicht vor.

Grundsätzlich muss das Fehlen eines Tatbestandsmerkmals der Organschaft zum Nichteintreten der Rechtsfolgen, mithin zum Scheitern der Organschaft führen. Doch ein entsprechender Steuerbescheid gegenüber der Organgesellschaft bedürfte einer verfassungsgemäßen Ermächtigungsgrundlage. Mithin ist aufgrund der Verweisung auf eine unklare Zivilrechtslage das verfassungsrechtliche Bestimmtheitsgebot (abzuleiten aus dem Rechtsstaatsprinzip des Art. 20 Abs. 2, Abs. 3 GG und dem daraus folgenden Grundsatz der Rechtssicherheit)³¹ zu prüfen. Auf einfach-gesetzlicher Ebene ist die Anwendbarkeit der Durchführungsfiktion des § 14 Abs. 1 S. 1 Nr. 3 S. 4 KStG, welche an fehlerhafte Bilanzansätze anknüpft, insbesondere im Hinblick auf außerbilanzielle Ausschüttungssperren problematisch und im Schrifttum umstritten³².

²⁷ *Altmeppen*, in: Münchener Kommentar AktG, § 302 Rn. 17; *Mylich*, ZHR 181 (2017), 87, 113 f.; anders *Baldamus*, Ubg 2009, 484, 489; *Deilmann*, in: Hölters, AktG, § 302 Rn. 9; *Kütting/Lorson/Eichenlaub/Loebe*, GmbHR 2011, 9; *Zwirner*, DSr 2011, 783.

²⁸ Vgl. die rechtstatsächliche Untersuchung von *Lieder/Hoffmann*, AG 2017, R268.

²⁹ Vgl. *Deilmann*, in: Hölters, AktG, § 302 Rn. 9.

³⁰ Statt aller *Dötsch*, in: *Dötsch/Pung/Möhlenbrock*, KStG, § 14 Rn. 386.

³¹ BVerfG, Beschl. v. 10.10.1961 – 2 BvL 1/59, BVerfGE 13, 153, 160; Urt. v. 14.12.1965 – 1 BvR 571/60, BVerfGE 19, 253, 267; Beschl. v. 28.3.1973 – 2 BvL 19/70, BVerfGE 34, 348, 365; aus der Literatur statt aller *Ratschow*, in: *Blümich*, EStG, § 2 EStG Rn. 26 f.

³² Siehe nur *Krumm*, in: *Blümich*, KStG, § 14 KStG Rn. 152 einerseits und *Dötsch/Pung*, DB 2013, 305, 309 andererseits, jeweils m. w. N.

Damit ist der Gegenstand der vorliegenden Arbeit skizziert. Zu untersuchen ist zweierlei:

- I. Wie wirken sich gesellschaftsrechtliche Ausschüttungssperren bei Bestehen eines Gewinnabführungsvertrages aus?
- II. Welche Auswirkungen hat eine insoweit fehlerhafte Gewinnabführung auf die ertragsteuerliche Organschaft?

Betrachtet werden jeweils sowohl die rechtsformübergreifend im HGB, als auch die rechtsformspezifisch in GmbHG und AktG geregelten gesellschaftsrechtlichen Ausschüttungssperren, nicht aber etwa regulatorisch bedingte spezialgesetzlich normierte Ausschüttungssperren, wie sie etwa das Versicherungsaufsichtsrecht kennt.³³ Die Untersuchung ist des Weiteren thematisch begrenzt auf die körperschaftsteuerliche Organschaft im Sinne der §§ 14, 17 KStG unter Beteiligung von AG und GmbH, die jeweils in Deutschland domiziliert sind.

B. Relevanz und Aktualität des Themas

So ungebrochen die Bedeutung der Organschaft als Gestaltungsmittel im Konzern ist,³⁴ so drängend ist die Frage nach der rechtlich zutreffenden Ermittlung des abzuführenden Gewinns bzw. auszugleichenden Verlusts. Die Komplexität und Unklarheit der damit verbundenen Rechtsfragen in Verbindung mit den dräuenden Steuerfolgen bei unzutreffender Lösung dieser Rechtsfragen (Scheitern der Organschaft)³⁵ erweist sich nicht nur als unbefriedigend aus wissenschaftlicher Sicht, sondern als ebenso toxisch aus steuerplanerischer Sicht. Dies zeigt sich bereits an der im Schrifttum³⁶ sowie auf mehreren wissenschaftlichen Kongressen³⁷ entbrannten Diskussion um die Auswirkungen der neuen außer-

³³ Vgl. etwa § 56a Abs. 4 VAG a. F. und § 153 VVG a. F.; dazu *Freiberg*, *StuB* 2016, 257, 258; *Geib/Ellenbürger*, *VW* 2008, 1173; *Schwintowski/Ebers*, *ZVersWiss* 2002, 393.

³⁴ *Meyer*, *GmbH-StB* 2005, 237, 237: „zentrale[s] Gestaltungsmittel im deutschen Unternehmenssteuerrecht“. Ähnlich *Schaumburg/Bäumel*, *FR* 2010, 1061, 1062; *Prinz*, *FR* 2018, 916. Zur Frage, in welchen Fällen die Begründung eines Organschaftsverhältnisses sinnvoll ist *Rödter*, *StBg* 1998, 291.

³⁵ Ausführlich zu Rechtsfolgen einer „verunglückten“ oder „gescheiterten“ Organschaft *Rey/Starke*, *FR* 1991, 225; *Schneider/Hinz*, *Ubg* 2009, 738; *Tappen/Riegel*, *SteuK* 2010, 331, 332; *Walter*, in: *Ernst&Young*, *KStG*, § 14 Rn. 698 ff.; Beispiel bei *Nöcker*, *GStB* 2008, 416.

³⁶ Siehe nur *Hageböke/Henrichs*, *DB* 2017, 18; *Oser/Wirtz*, *DB* 2017, 261; *Pohl*, *NWB* 2017, 2290; *Thaut*, *DB* 2016, 2185.

³⁷ *Pung*, Vortrag „Aktuelle Organschaftsfragen“ im Rahmen des 69. Fachkongresses der Steuerberater am 25.10.2016 in Köln sowie *Pung*, Vortrag „Gewinnabführungsvertrag – Aktu-

bilanziellen Ausschüttungssperre des § 253 Abs. 6 S. 2 HGB, deren vor kurzem erfolgte Einführung³⁸ gleichsam den Anlass der Untersuchung darstellt.

C. Bisheriger Forschungsstand

Vor diesem Hintergrund muss es wundernehmen, dass eine monographische Aufarbeitung des Untersuchungsgegenstandes bisher noch nicht erfolgt ist. Im wissenschaftlichen Schrifttum finden sich vornehmlich zumeist kürzere Abhandlungen, welche im Rahmen der Erörterung einzelner Ausschüttungssperren der Frage nach deren Auswirken bei Bestehen eines Gewinnabführungsvertrages – mit unterschiedlichen Ergebnissen – nachgehen.³⁹ Zu der Ausschüttungssperre des § 268 Abs. 8 HGB wurden auch zwei Monographien⁴⁰ vorgelegt, welche ihrer thematischen Fokussierung gemäß auf die Auswirkungen der anderen Ausschüttungssperren bei Bestehen eines Gewinnabführungsvertrages freilich nicht eingehen. In den Handbüchern⁴¹ oder Verwaltungsanweisungen⁴², an denen sich die Praxis orientiert, fehlt es an einer systematischen wissenschaftlichen Aufarbeitung der Fragestellungen. Eine breite und wissenschaftlich fundierte Untersuchung, die auch Auswirkungen auf die Verlustausgleichspflicht einschließt, hat soweit ersichtlich bisher allein *Mylich*⁴³ vorgelegt, der sich allerdings auf gegenstandsbezogene Ausschüttungssperren begrenzt hat und Fragen der ertragsteuerlichen Organschaft nur am Rande behandelt. Die Forschung in Bezug auf den Untersuchungsgegenstand ist also fragmentarisch zu nennen.

elle Entwicklungen“ im Rahmen der 21. Euroforum-Jahrestagung „Die Organschaft 2017“ am 20.9.2017 in Hamburg. Zu letzterem vgl. den Tagungsbericht von *Rüsch*, DSStZ 2018, 138.

³⁸ Durch Gesetz vom 11.3.2016, BGBl. I 2016, 396.

³⁹ Siehe beispielsweise zu § 268 Abs. 8 HGB, dort mit Fokus auf der Verlustausgleichspflicht, *Baldamus*, Ubg 2009, 484, 489; *Küting/Lorson/Eichenlaub/Loebe*, GmbHR 2011, 9; *Zwirner*, DSStR 2011, 783; zu § 253 Abs. 6 HGB *Hageböke/Hennrichs*, DB 2017, 18; *Oser/Wirtz*, DB 2017, 261; *Pohl*, NWB 2017, 2290; *Thaut*, DB 2016, 2185; zu den Ausschüttungssperren bei vereinfachter Kapitalherabsetzung *Oechsler*, in: Münchener Kommentar AktG, § 233 Rn. 6; *Sethe*, in: Großkommentar AktG, § 233 Rn. 5; zu § 272 Abs. 4 HGB *Dötsch*, in: *Dötsch/Pung/Möhlenbrock*, KStG, § 14 Rn. 397; zu § 272 Abs. 5 HGB *Mylich*, ZHR 2017, 87; zu § 5a Abs. 3 GmbHG *Müller*, ZGR 2012, 81; *Priester*, in: FS-Roth, 2011, 573, 584; *Rubel*, GmbHR 2010, 470, 472.

⁴⁰ *Klinkert*, Ansatzrechte im Sinne des § 268 Abs. 8 HGB, 2016; *Link*, Ausschüttungssperre des § 268 Abs. 8 HGB, 2014.

⁴¹ Siehe *IDW*, WP-Handbuch, F. Rn. 485 f.

⁴² Siehe BMF-Schreiben v. 23.12.2016 – IV C 2 – S 2770/16/10002, BStBl. I 2017, 41 und R 14.5 Abs. 5 KStR.

⁴³ *Mylich*, ZHR 181 (2017), 87.

D. Gang der Untersuchung

Der Untersuchungsgegenstand gibt den Gang der Untersuchung vor: Zunächst sind die Grenzen der Gewinnverteilung und ihre Bedeutung für die körperschaftsteuerliche Organschaft im Allgemeinen herauszuarbeiten. Dabei ist auch das Verhältnis von Gewinnausschüttung und Gewinnabführung zueinander offenzulegen. Auf dieser Grundlage sind sodann im Besonderen die außerbilanziellen Ausschüttungssperren und die ausschüttungsgesperren Rücklagen zu analysieren. Dabei sind jeweils nach einer gesetzssystematischen Einordnung der persönliche und der sachliche Anwendungsbereich herauszuarbeiten und es ist auf Wechselwirkungen mit anderen Ausschüttungssperren einzugehen. Hernach ist nach den Auswirkungen auf den Höchstbetrag der Gewinnabführung zu fragen. Dabei ist in methodischer Hinsicht zunächst zu prüfen, ob eine Abführungssperre einer die Gewinnausschüttung begrenzenden Norm im Wege der Auslegung entnommen werden kann. Ist das Ergebnis der Auslegung negativ, ist unter Würdigung der stets mehrpoligen Interessenlage – potenziell betroffen sind das abhängige und das herrschende Unternehmen mit ihren jeweiligen (potenziell voneinander verschiedenen) Gläubigern sowie die außenstehenden Aktionäre des abhängigen Unternehmens – zu ermitteln, ob die Voraussetzungen einer Analogie zu § 301 AktG, im Falle der ausschüttungsgesperren Rücklagen zu § 301 AktG i. V. m. § 300 AktG vorliegen. Anschließend sind Auswirkungen auf den Verlustausgleichsanspruch aus § 302 AktG zu prüfen.

Zu untersuchen sind die außerbilanziellen Ausschüttungssperren bezüglich

- bestimmter unsicherer Aktivposten gem. § 268 Abs. 8 HGB;
- vermindert abgezinster Pensionsrückstellungen gem. § 253 Abs. 6 HGB;
- vereinfachter Kapitalherabsetzung in AG und GmbH gem. §§ 230, 233 Abs. 1, Abs. 2 AktG; §§ 58b, 58d Abs. 1, Abs. 2 GmbHG;

sowie die ausschüttungsgesperren Rücklagen

- bezüglich phasengleicher Vereinnahmung von Gewinnanteilen aus Beteiligungen gem. § 272 Abs. 5 HGB;
- bezüglich der Anteile an einem herrschendem oder mit Mehrheit beteiligten Unternehmen gem. § 272 Abs. 4 HGB;
- der Unternehmergesellschaft (haftungsbeschränkt) gem. § 5a Abs. 3 GmbHG;
- für eingeforderte, aber noch nicht eingezahlte Nachschüsse gem. § 42 Abs. 2 S. 3 GmbHG;
- im Zusammenhang mit Wandelschuldverschreibungen gem. § 218 S. 2 AktG.

Sodann sind die Auswirkungen einer fehlerhaften Gewinnabführung auf die körperschaftsteuerliche Organschaft zu erörtern.

Kurzum: Ziel dieser an der Schnittstelle von Konzernrecht und Konzernsteuerrecht angesiedelten Untersuchung ist es, herauszuarbeiten, wie gesellschaftsrechtliche Ausschüttungssperren und die körperschaftsteuerliche Organschaft sich *de lege lata* zueinander verhalten. Aus den gefundenen Ergebnissen wird schließlich ein Regelungsvorschlag *de lege ferenda* abgeleitet.

Rechtsquellenverzeichnis

I. Unionsrecht

- Verordnung (EG) Nr. 2157/2001 (SE-VO) des Rates v. 8.10.2001 über das Statut der Europäischen Gesellschaft (SE), ABl. v. 10.11.2001, L 294, 1, zuletzt geändert durch ÄndVO Nr. 517/2013 (EU) des Rates v. 13.5.2013, ABl. v. 10.6.2013, L 158, 1
- Richtlinie 2013/34/EU des Europäischen Parlaments und des Rates v. 26.6.2013 über den Jahresabschluss (Bilanzrichtlinie), ABl. v. 29.6.2013, L 182, 19, zuletzt geändert durch ÄndRL 2014/102/EU des Europäischen Parlaments und des Rates v. 7.11.2014, ABl. v. 21.11.2014, L 334, 86

II. Nationale Parlamentsgesetze

- Abgabenordnung (AO) i. d. F. der Bekanntmachung v. 1.10.2002, BGBl. I 2002, 3866, BGBl. I 2003, 61, zuletzt geändert durch Art. 6 des Gesetzes v. 18.7.2017, BGBl. I 2017, 2745
- Aktienengesetz (AktG) v. 6.9.1965, BGBl. I 1965, 1089, zuletzt geändert durch Art. 9 des Gesetzes v. 17.7.2017, BGBl. I 2017, 2446
- Allgemeines Deutsches Handelsgesetzbuch (ADHGB), i. d. F. vom 5.6.1869, BGBl. des Norddeutschen Bundes 1869, 601
- Bilanzrichtlinie-Umsetzungsgesetz v. 17.7.2015, BGBl. I 2015, 1245
- Bürgerliches Gesetzbuch (BGB) i. d. F. der Bekanntmachung v. 2.1.2002, BGBl. I 2002, 42, 2909, BGBl. I 2003, 738, zuletzt geändert durch Art. 6 des Gesetzes v. 12.7.2018, BGBl. I 2018, 1151
- Einkommensteuergesetz (EStG) i. d. F. der Bekanntmachung v. 8.10.2009, BGBl. I 2009, 3366, 3862, zuletzt geändert durch Art. 9 des Gesetzes v. 17.8.2017, BGBl. I 2017, 3214
- Genossenschaftsgesetz (GenG) i. d. F. der Bekanntmachung v. 16.10.2006, BGBl. I 2006, 2230, zuletzt geändert durch Art. 8 des Gesetzes v. 17.7.2017, BGBl. I 2017, 2541
- Gesetz betreffend die Gesellschaften mit beschränkter Haftung (GmbHG) i. d. F. der Bekanntmachung v. 20.5.1898, RGBl. 1898, 846, zuletzt geändert durch Art. 10 des Gesetzes v. 17.7.2017, BGBl. I 2017, 2446
- Gesetz zur Änderung und Vereinfachung der Unternehmensbesteuerung und des steuerlichen Reisekostenrechts v. 25.2.2013, BGBl. I 2013, 285
- Gesetz zur Modernisierung des Bilanzrechts (Bilanzrechtsmodernisierungsgesetz – BilMoG) v. 25.5.2009, BGBl. I 2009, 1102
- Gesetz zur Modernisierung des GmbH-Rechts und zur Bekämpfung von Missbräuchen (MoMiG) v. 23.10.2008, BGBl. I 2008, 2026

- Gesetz zur Umsetzung der Wohnimmobilienkreditrichtlinie und zur Änderung handelsrechtlicher Vorschriften v. 11.3.2016, BGBl. I 2016, 396
- Gewerbesteuergesetz (GewStG) i. d. F. der Bekanntmachung v. 15.10.2002, BGBl. I 2002, 4167, zuletzt geändert durch Art. 4 des Gesetzes v. 27.6.2017, BGBl. I 2017, 2074
- Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland (GG) v. 23.5.1949, BGBl. 1949, 1, zuletzt geändert durch Art. 1 des Gesetzes v. 13.7.2017, BGBl. I 2017, 2347
- Handelsgesetzbuch (HGB) v. 10.5.1897, RGBl. 1897, 219, in der im BGBl. III, Gliederungsnummer 4100-1 veröffentlichten bereinigten Fassung, zuletzt geändert durch Art. 3 des Gesetzes v. 10.7.2018, BGBl. I 2018, 1102
- Körperschaftsteuergesetz (KStG) i. d. F. der Bekanntmachung v. 15.10.2002, BGBl. I 2002, 4144, zuletzt geändert durch Art. 5 des Gesetzes v. 18.7.2017, BGBl. I 2017, 2730
- Patentgesetz (PatG) i. d. F. der Bekanntmachung v. 16.12.1980, BGBl. I 1981, 1, zuletzt geändert durch Art. 4 des Gesetzes v. 8.10.2017, BGBl. I 2017, 3546
- (Preußisches) Gesetz über die Aktiengesellschaften (Preußisches Aktiengesetz) v. 29.11.1843, Gesetz-Sammlung für die Königlichen Preußischen Staaten, 1843, 341
- Viertes Buch Sozialgesetzbuch (SGB IV) i. d. F. der Bekanntmachung v. 12.11.2009, BGBl. I 2009, 3710, 3973, BGBl. I 2011, 363, zuletzt geändert durch Art. 7a des Gesetzes v. 18.7.2017, BGBl. I 2017, 2757
- Umwandlungsgesetz (UmwG) v. 28.10.1994, BGBl. I 1994, 3210, BGBl. I 1995, 428, zuletzt geändert durch Art. 5 des Gesetzes v. 17.7.2017, BGBl. I 2017, 2434
- Gesetz über die Beaufsichtigung der Versicherungsunternehmen (Versicherungsaufsichtsgesetz – VAG) v. 1.4.2015, BGBl. I 2015, 434, zuletzt geändert durch Art. 6 des Gesetzes v. 17.8.2017, BGBl. I 2017, 3214
- Gesetz über den Versicherungsvertrag (Versicherungsvertragsgesetz – VVG) v. 23.11.2007, BGBl. I 2007, 2631, zuletzt geändert durch Art. 15 des Gesetzes v. 17.8.2017, BGBl. I 2017, 3214
- Zivilprozessordnung (ZPO) i. d. F. der Bekanntmachung v. 5.12.2005, BGBl. I 2005, 3202, BGBl. I 2006, 431, BGBl. I 2007, 1781, zuletzt geändert durch Art. 2 des Gesetzes v. 12.7.2018, BGBl. I 2018, 1151

III. Nationale Verordnungen

- Verordnung über die Ermittlung und Bekanntgabe der Sätze zur Abzinsung von Rückstellungen (Rückstellungsabzinsungsverordnung – RückAbzinsV) v. 18.11.2009, BGBl. I 2009, 3790, zuletzt geändert durch Art. 9 des Gesetzes v. 11.3.2016, BGBl. I 2016, 396

Rechtsprechungsverzeichnis

I. Entscheidungen des Europäischen Gerichtshofs

- Urt. v. 9.3.1999 – Rs. C-212/97 (*Centros*), Slg. 1999, I-1459, ECLI:EU:C:1999:126
Urt. v. 5.11.2002 – Rs. C-208/00 (*Überseering*), Slg. 2002, I-9919, ECLI:EU:C:2002:632
Urt. v. 30.9.2003 – Rs. C-167/01 (*Inspire Art*), Slg. 2003, I-10155, ECLI:EU:C:2003:512

II. Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts

- Beschl. v. 10.10.1961 – 2 BvL 1/59, BVerfGE 13, 153
Urt. v. 14.12.1965 – 1 BvR 571/60, BVerfGE 19, 253
Beschl. v. 28.3.1973 – 2 BvL 19/70, BVerfGE 34, 348
Urt. v. 27.12.1991 – 2 BvR 72/90, BStBl. II 1992, 212
Urt. v. 11.3.2008 – 1 BvR 2074/05, 1 BvR 1254/07, BVerfGE 120, 378
Beschl. v. 12.10.2010 – 2 BvL 59/06, DStR 2010, 2290
Beschl. v. 31.10.2016 – 1 BvR 1833/13, NVwZ 2017, 617

III. Entscheidungen des gemeinsamen Senats der obersten Gerichtshöfe des Bundes

- Beschl. v. 19.10.1971 – GmS-OBG 3/70, BStBl. II, 1972, 603

IV. Entscheidungen des Reichsgerichts

- Urt. v. 5.4.1884 – I 57/84, RGZ 11, 160
Urt. v. 28.10.1901 – I 208/01, RGZ 49, 141
Urt. v. 20.1.1906 – Rep. I. 342/05, RGZ 62, 303
Urt. v. 3.11.1906 – I 125/06, RGZ 64, 257
Urt. v. 23.2.1909 – II 450/08, RGZ 70, 326
Urt. v. 16.4.1920 – II 396/19, RGZ 98, 318
Urt. v. 21.10.1921 – II 113/21, RGZ 103, 64
Urt. v. 4.12.1928 – II 360/28, RGZ 122, 367
Urt. v. 7.2.1930 – II 247/29, RGZ 128, 1
Urt. v. 30.9.1931 – V 117/31, RGZ 133, 297

Urt. v. 15.10.1937 – II 61/37, RGZ 156, 52

Urt. v. 13.11.1940 – II 44/40, RGZ 165, 193

Urt. v. 15.12.1941 – II 103/41, RGZ 168, 292

V. Entscheidungen des Bundesgerichtshofs

Urt. v. 24.10.1951 – II ZR 18/51, BGHZ 3, 285

Urt. v. 24.1.1957 – II ZR 208/55, BGHZ 23, 150

Urt. v. 29.6.1970 – II ZR 158/69, BGHZ 55, 5

Urt. v. 3.11.1975 – II ZR 67/73, BGHZ 65, 230

Urt. v. 13.3.1978 – II ZR 142/76, BGHZ 71, 40

Urt. v. 14.12.1978 – III ZR 77/76, BGHZ 73, 161

Urt. v. 16.9.1985 – II ZR 275/84, BGHZ 95, 330

Urt. v. 11.5.1987 – II ZR 226/86, ZIP 1987, 1113

Urt. v. 14.12.1987 – II ZR 170/87, BGHZ 103, 1

Urt. v. 19.9.1988 – II ZR 255/87, BGHZ 105, 168

Beschl. v. 24.10.1988 – II ZB 7/88, BGHZ 105, 324

Urt. v. 11.11.1991 – II ZR 287/90, BGHZ 116, 37

Urt. v. 14.5.1992 – II ZR 299/90, AG 1992, 317

Urt. v. 11.11.1993 – II ZR 235/92, BGHZ 124, 111

Urt. v. 21.2.1994 – II ZR 60/93, BGHZ 125, 141

Beschl. v. 6.6.1994 – II ZR 221/93, GmbHR 1994, 710

Urt. v. 30.1.1995 – II ZR 45/94, DSr 1995, 537

Beschl. v. 20.5.1997 – II ZB 9/96, BGHZ 135, 374

Urt. v. 12.1.1998 – II ZR 82/93, BGHZ 137, 378

Urt. v. 9.2.1998 – II ZR 278/96, BGHZ 138, 71

Urt. v. 14.9.1998 – II ZR 172/97, BGHZ 139, 299

Urt. v. 1.3.1999 – II ZR 312/97, BGHZ 141, 79

Urt. v. 5.7.1999 – II ZR 126/98, BGHZ 142, 167

Urt. v. 11.10.1999 – II ZR 120/98, BGHZ 142, 382

Urt. v. 29.5.2000 – II ZR 118/98, BGHZ 144, 336

Urt. v. 5.11.2001 – II ZR 119/00, AG 2002, 240

Urt. v. 16.9.2002 – II ZR 284/01, BGHZ 152, 29

Urt. v. 24.11.2003 – II ZR 171/01, BGHZ 157, 72

Urt. v. 14.2.2005 – II ZR 361/02, DSr 2005, 750

Urt. v. 23.6.2005 – IX ZR 139/04, ZIP 2005, 1742

Urt. v. 8.5.2006 – II ZR 27/05, BGHZ 167, 299

Urt. v. 6.7.2006 – IX ZR 121/05, BGHZ 168, 276

Urt. v. 10.7.2006 – II ZR 238/04, BGHZ 168, 285

Urt. v. 14.5.2007 – II ZR 48/06, NZG 2007, 545

Urt. v. 13.1.2011 – III ZR 87/10, BGHZ 188, 71

Urt. v. 31.5.2011 – II ZR 141/09, BGHZ 190, 7

Urt. v. 31.5.2011 – II ZR 109/10, BGHZ 190, 45

Urt. v. 6.12.2011 – II ZR 149/10, BGHZ 191, 364

Urt. v. 12.3.2013 II – ZR 73/11, DSr 2013, 1295

Urt. v. 2.7.2013 – II ZR 293/11, ZIP 2013, 1577

Urt. v. 16.6.2015 – II ZR 384/13, BGHZ 206, 74

VI. Entscheidungen des Bundesfinanzhofs

- Urt. v. 25.6.1957 – I 119/56 U, BStBl. III 1957, 303
Urt. v. 11.10.1960 – I 56/60 U, BStBl. III 1961, 3
Urt. v. 27.4.1965 – I 324/62 S, BStBl. III 1965, 409
Urt. v. 29.4.1965 – IV 403/62 U, BStBl. III 1965, 414
Beschl. v. 22.8.1966 – GrS 2/66, BStBl. III 1966, 672
Beschl. v. 3.2.1969 – GrS 2/68, BStBl. II 1969, 291
Beschl. v. 2.3.1970 GrS 1/69 BStBl. II 1970, 382
Urt. v. 4.4.1973 – I R 130/71, BStBl. II 1973, 485
Urt. v. 29.10.1974 – I R 240/72, BStBl. II 1975, 126
Urt. v. 14.8.1975 – IV R 30/71, BStBl. II 1976, 88
Urt. v. 31.3.1977 – V R 44/73, BStBl. II 1977, 685
Urt. v. 29.10.1980 – I R 61/77, BStBl. II 1981, 336
Urt. v. 5.2.1987 – IV R 105/84, BStBl. II 1987, 448
Beschl. v. 26.10.1987 – GrS 2/86, BStBl. II 1988, 348
Urt. v. 2.9.1988 – III R 53/84, BStBl. II 1988, 1009
Urt. v. 22.2.1989 – I R 44/85, BStBl. II 1989, 475
Urt. v. 8.4.1992 – XI R 34/88, BStBl. II 1992, 893
Urt. v. 17.9.1992 – I R 89-98/91, BStBl. II 1993, 141
Urt. v. 19.10.1993 – VIII R 14/92, BStBl. II 1993, 891
Urt. v. 29.6.1994 – I R 137/93, BStBl. II 2002, 366
Urt. v. 14.9.1994 – I R 136/93, BStBl. II 1995, 382
Urt. v. 31.5.1995 – I R 64/94, BStBl. II 1996, 246
Urt. v. 22.11.1995 – I R 168/94, BFH/NV 1996, 644
Urt. v. 30.7.1997 – I R 7/97 BStBl. II 1998, 33
Beschl. v. 7.8.2000 – GrS 2/99, BStBl. II 2000, 632
Urt. v. 7.11.2001 – I R 57/00, BStBl. II 2002, 369
Urt. v. 22.11.2001 – V R 50/00, BStBl. II 2002, 167
Urt. v. 8.8.2001 – I R 25/00, BStBl. II 2003, 923
Urt. v. 28.1.2004 – I R 21/03, BStBl. II 2005, 841
Urt. v. 25.3.2004 – IV R 35/02, BStBl. II 2006, 644
Urt. v. 19.10.2005 – XI R 64/04, BStBl. II 2006, 371
Urt. v. 5.6.2008 – IV R 67/05, BStBl. II 2008, 960
Beschl. v. 6.11.2008 – IV B 126/07, BStBl. II 2009, 156
Urt. v. 3.9.2009 – IV R 38/07, BStBl. II 2010, 60
Urt. v. 4.2.2010 – II R 1/09, BFH/NV 2010, 1244
Urt. v. 21.10.2010 – IV R 21/07, BStBl. II 2014, 481
Beschl. v. 31.3.2011 – I B 177/10, GmbHR 2011, 836
Urt. v. 14.4.2011 – IV R 46/09, BStBl. II 2011, 696
Urt. v. 14.12.2011 – I R 108/10, BStBl. II 2012, 244
Urt. v. 29.8.2012 – I R 65/11, BStBl. II 2013, 555
Beschl. v. 12.12.2012 – I B 27/12, DStRE 2013, 897
Beschl. v. 31.1.2013 – GrS 1/10, BStBl. II 2013, 317
Urt. v. 28.2.2013 – IV R 50/09, BStBl. II 2013, 494
Urt. v. 9.7.2013 – IX R 43/11, DStR 2013, 1984
Urt. v. 26.11.2014 – X R 20/12, BStBl. II 2015, 325
Urt. v. 12.10.2016 – I R 92/12, BFH/NV 2017, 685

Urt. v. 10.5.2017 – I R 19/15, BFH/NV 2017, 1558

Urt. v. 10.5.2017 – I R 93/15, BFH/NV 2018, 144

Urt. v. 23.8.2017 I R 80/15 BStBl. II 2018, 141

VII. Entscheidungen des Bundesarbeitsgerichts

Urt. v. 26.5.2009 – 3 AZR 369/07, BAGE 131, 50

Urt. v. 11.11.2010 – 8 AZR 392/09, NZA 2011, 763

VIII. Entscheidungen der Oberlandesgerichte

OLG Schleswig, Urt. v. 3.4.1987 – 1U 71/85, AG 1988, 382

BayObLG, Beschl. v. 5.11.1987 – Breg 3 Z 41/87, MDR 1988, 412

OLG Frankfurt a. M., Urt. v. 10.5.1988 – 5 U 285/86, NJW-RR 1989, 546

OLG Düsseldorf, Urt. v. 7.6.1990 – 19 W 13/86, AG 1990, 490

OLG Hamm, Urt. v. 17.4.1991 – 8 U 173/90, AG 1992, 233

OLG Frankfurt a. M., Urt. v. 10.1.1992 – 10 U 308/90, NJW-RR 1992, 1512

OLG Düsseldorf, Beschl. v. 12.2.1992 – 19 W 3/91, AG 1992, 200

OLG Schleswig, Urt. v. 23.9.1993 – 5 U 176/92, GmbHR 1994, 250

KG, Urt. v. 15.03.1999 – 8 U 4630/98, NZG 1999, 1102

OLG Celle, Urt. v. 22.9.1999 – 9 U 1/99, AG 2000, 280

OLG Düsseldorf, Urt. v. 29.6.2001 – 17 U 200/00, NZG 2001, 1085

OLG Karlsruhe, Beschl. v. 11.12.2003 – 12 W 11/02, NZG 2004, 334

OLG Jena, Urt. v. 21.9.2004 – 8 U 1187/03, NZG 2005, 716

OLG Frankfurt a. M., Urt. v. 18.3.2008 – 5 U 171/06, NZG 2008, 429

OLG Frankfurt a. M., Urt. v. 26.8.2009 – 23 U 69/08, AG 2010, 368

OLG Frankfurt a. M., Urt. v. 29.9.2009 – 5 U 107/08, AG 2010, 408

OLG Stuttgart, Urt. v. 25.11.2009 – 20 U 5/09, WM 2010, 120

OLG München, Urt. v. 20.11.2013 – 7 U 5025/11, ZIP 2014, 1067

OLG Celle, Beschl. v. 04.06.2014 – 9 W 80/14, NZG 2015, 644

IX. Entscheidungen der Finanzgerichte

FG Berlin, Urt. v. 8.7.1981 – II 154/80, EFG 1982, 59

FG Niedersachsen, Urt. v. 07.06.1990 – VI R 626/88, GmbHR 1991, 290

FG Saarland, Gerichtsbesch. v. 16.6.2015 – 1 K 1109/13, DStRE 2016, 779

FG Köln, Beschl. v. 12.10.2017 – 10 K 977/17, EFG 2018, 287

FG Düsseldorf, Urt. v. 17.4.2018 – 6 K 22507/17 K, GmbHR 2018, 1088

X. Entscheidungen der Landgerichte und Amtsgerichte

LG Bonn, Beschl. v. 27.4.1993 – 11 T 2/93, AG 1993, 521

AG Duisburg, Beschl. v. 18.11.1993 – HRB 3196, AG 1994, 568

LG Düsseldorf, Beschl. v. 08.08.2000 – 36 T 6/2000, RNotZ 2001, 171

LG Frankfurt a. M., Urt. v. 21.2.2006 – 3-5 O 71/05, AG 2007, 48

XI. Entscheidungen des Reichsoberhandelsgerichts

Urt. v. 13.10.1871 – Rep. 507/71, ROHG 3, 331

XII. Entscheidungen des Preußischen Oberverwaltungsgerichts

Urt. v. 31.5.1902 – VI G 38/01, OVGSt 10, 391

Verzeichnis sonstiger Quellen

I. Bundestags-Drucksachen

BT-Drs. 16/10067
BT-Drs. 16/12407
BT-Drs. 18/7584
BT-Drs. 16/6140
BT-Drs. 17/10774

II. Bundesrats-Drucksachen

BR-Drs. 354/07

III. Verwaltungsanweisungen

BMF-Schreiben v. 31.10.1989 – IV B 7-S 2770-31/89, BStBl I 1989, 430
BMF-Schreiben v. 18.11.2005 – IV B 2 – S 2172 – 37/05, BStBl I 2005, 1025
BMF-Schreiben v. 16.12.2005 – IV B 7 – S 2770 – 30/05, BStBl. I 2006, 12
BMF-Schreiben v. 23.12.2016 – IV C 2 – S 2770/16/10002, BStBl. I 2017, 41
FinMin Schleswig-Holstein, Kurzinformation v. 22.2.2016 – VI 3011 – S 2770 – 086, DStR 2016, 539
OFD Frankfurt, Rundvfg. v. 15.4.2010 – S 2241 A – 64 – St 213, über juiis
OFD Frankfurt, Vfg. v. 11.12.2015 – S 2770 A-55-St 51, DStR 2016, 537

IV. Rechnungslegungs- und Prüfungsstandards

DRS 12 – Immaterielle Vermögenswerte des Anlagevermögens v. 8.7.2002, BAnz. Nr. 197 AT v. 22.10.2002, geändert durch DRÄS Nr. 1 v. 07.11.2003, BAnz. Nr. 121 a) und DRÄS Nr. 3 v. 15.7.2005, BAnz. Nr. 164 a), aufgehoben mit DRÄS Nr. 4 (DRÄS 4) v. 18.2.2010
DRS 24 – Immaterielle Vermögensgegenstände im Konzernabschluss v. 30.10.2015, BAnz B3 AT v. 23.2.2016
IDW-Stellungnahme zur Rechnungslegung: Änderung von Jahres- und Konzernabschlüssen (IDW RS HFA 6) v. 12.4.2007, Wpg 2001, 1048

- IDW-Stellungnahme zur Rechnungslegung: Bilanzierung entgeltlich erworbener Software beim Anwender (IDW RS HFA 11 n. F.) v. 18.12.2017, IDW Life 2018, 268
- IDW-Stellungnahme zur Rechnungslegung: Handelsrechtliche Bilanzierung von Altersversorgungsverpflichtungen (IDW RS HFA 30 n. F.) v. 16.12.2016, IDW Life 2017, 102
- International Accounting Standard 38 – Immaterielle Vermögenswerte (IAS 38) v. 03.11.2008, ABl. EU L 320, 1, zuletzt geändert durch VO (EU) 2017/1986 des Rates v. 31.10.2017, ABl. v. 9.11.2017, L 291, 1

V. Sonstige

- Arbeitskreis Steuern und Rechnungslegung der Steuerberaterkammer Westfalen-Lippe*: Stellungnahme August 2016, 1, abrufbar unter https://www.steuerberaterkammer-westfalen-lippe.de/fileadmin/user_upload/Relaunch_2016/00.Startseite.News.Termin kalender/2016_Startseite/2016_08_17_Stellungnahme1.pdf, abgerufen am 29.11.2019
- IDW*: Eingabe v. 19.5.2011 an das BMF, FN-IDW 2011, 351
- IDW*: Schreiben v. 4.3.2016 an den Parl. Staatssekretär im BMF, abrufbar unter <https://www.idw.de/blob/88142/d089d11ee2f63da1de9ed936a1d1aed/down-bmf-abfuhrungssperre-data.pdf>, abgerufen am 29.11.2019
- PONS Online-Wörterbuch Deutsch-Französisch/Französisch-Deutsch, abrufbar unter https://de.pons.com/%C3%BCbersetzung?q=mat%C3%A9riel&l=defr&in=ac_fr&lf=fr, abgerufen am 29.11.2019
- Reichsfinanzhof*: Gutachten v. 26.7.1932, RStBl. 1933, 136
- Spitzenverbände der Sozialversicherungsträger*: Gem. Rundschrb. v. 31.3.2009, AuR 2009, 202

Register

- Abandon 182
- Abfindung 17, 29 f.
- Abführungspotenzial (der AG) 31 f.
- Abführungspotenzial (der GmbH) 33 f.
- Abführungssperre
 - bezüglich bestimmter unsicherer Aktivposten 42–81
 - bezüglich der Anteile an einem herrschenden oder mit Mehrheit beteiligten Unternehmen 152–161
 - bezüglich der vereinfachten Kapitalherabsetzung 100–134
 - bezüglich eingeforderter, aber noch nicht eingezahlter Nachschüsse 177–185
 - Rücklage bei UG (haftungsbeschränkt) 163–177
 - verkennen von ~n 198–210
- abhängiges Unternehmen 15, 22, 156–158, 164, 173, 176, 184, 211
- Abschlagszahlung 142 f.
- Abreibung 46, 61, 65, 78, 80, 139, 143 f., 151
- Abstockungsgewinn 87, 95, 97
- Agio 66
- Aktien, eigene *siehe* Anteile, eigene
- Aktionäre, außenstehende 8, 17, 19, 25 f., 29 f., 35, 42, 71, 72 f., 81, 120, 132, 135, 143, 148 f., 150, 184, 214, 225, 232
- Aktivierungsgebot 49
- Aktivierungsverbot 56, 60, 156
- Aktivierungswahlrecht 45–49, 52, 54 f., 57 f., 60, 77, 80 f., 82
- Altersversorgungsverpflichtungen 61–63, 82, 84, 86 f., 96, 99
- Anlagevermögen 42, 45 f., 48 f., 55–61, 64 f., 70 f., 73–75, 77, 79, 81, 151, 169 f., 172
- Anschaffung
 - Begriff 54 f.
 - ~skosten 39, 42, 45, 59, 64 f.
- Anteile, eigene 90, 156
 - Erwerbsgrund 155, 157
- Arbeitgeber 62–64, 86 f.
- Arbeitnehmer 62, 64, 86
- Arbeitsverhältnis 64, 86 f.
- Aufbauhilfe 25, 148
- Ausgabebetrag 67, 90, 155, 157, 186, 188, 190, 229
- Ausgleichszahlung 30, 35, 71, 149
- Ausschüttungspotenzial (der AG) 13 f.
- Ausschüttungspotenzial (der GmbH) 14 f.
- Ausschüttungssperre
 - außerbilanzielle 3–5, 8, 32, 34 f., 41, 43, 45, 69, 81, 83, 86, 88–94, 99–101, 108, 117, 119, 133 f., 137 f., 144–146, 150, 159, 161 f., 166, 169, 170, 172, 183, 185 f., 188, 191, 199, 202, 210, 215, 219, 221 f., 227 f., 230 f., 232
 - bezüglich bestimmter unsicherer Aktivposten 42–81
 - bezüglich der Anteile an einem herrschenden oder mit Mehrheit beteiligten Unternehmen 152–161
 - bezüglich der vereinfachten Kapitalherabsetzung 100–134
 - bezüglich eingeforderter, aber noch nicht eingezahlter Nachschüsse 177–185
 - bezüglich phasengleicher Vereinnahmung von Gewinnanteilen aus Beteiligungen 138–151
 - bezüglich vermindert abgezinster Pensionsrückstellungen 82–99
 - gegenstandsbezogene 4, 7, 43, 81, 83, 99, 101, 133, 135, 139, 144, 150–152, 161, 164 f., 176, 179, 186, 222, 225, 227
 - Rücklage bei UG (haftungsbeschränkt) 163–177

- Sonderrücklage im Zusammenhang mit Wandelschuldverschreibungen 186–190
- Aussonderungsrecht 62
- Beherrschungsvertrag 5, 20, 24, 39, 74, 135, 225
- Beschlusskontrolle 107, 128
- Beschlussmängel 17 f.
- Bestimmtheitsgebot 5, 195 f.
- Beteiligungsergebnis 139, 145, 147, 149
- Betriebsstätte, inländische 34, 37
- Bezugsrecht 20, 187–189
- Bilanzansatz 61, 199, 201 f., 205 f., 208, 210, 232
- Bilanzgewinn 13 f., 23, 32, 91, 126, 145, 158, 178, 222
- Bilanzierungswahlrecht 27, 38, 73
- Bilanzstichtag 21, 27, 141, 200, 208
- Billigkeit 97 f., 196
- Bruttomethode 71–74
- Buchgewinn 46, 81, 83, 101 f., 107 f., 117, 119 f., 130–134, 139, 222
- commercial trust agreement* 63 f.
- Darlehen 23, 28
 - unbesichertes ~ 23
- Dauerschuldverhältnis 21
- Deckungsvermögen 42, 74, 81, 87
- Dividende 110, 116, 138–140, 144, 151
- Drittgeschäft 109
- Durchführung, tatsächliche (des Gewinnabführungsvertrages) 2, 41, 95, 193, 221
- Durchführungsfiktion 5, 98, 195, 197–219, 231
- Durchführungsmangel 193–195, 197–199, 205, 210, 217 f., 231
 - geringfügiger ~ 197 f.
 - Heilung 199
- Eigenkapital 14, 23, 42 f., 45–47, 65–67, 72 f., 82 f., 86, 88, 90, 96, 103, 15, 108115, 127, 154, 164, 172, 179
- Eingliederung, finanzielle 34, 157
- Einkünfteermittlung 35
- Einlagenrückgewähr 91
- Einzelabschluss 70, 212
- Einzelkaufmann 84
- Erfüllung (des Anspruchs auf Gewinnabführung) 28
- Ermächtigungsgrundlage 5, 195
- Ertragsperiode 114, 117
- Fehlerbegriff, handelsrechtlicher 200–207, 218
- fehlerhafte Gesellschaft 15 f., 37
- Firmenwert 49, 56 f., 143,
- Formwechsel 18
- Freistellungsanspruch 87
- Fremdkapital 187 f.
- Geldleistung 22
- Geschäftsführung 27
- Geschäftsjahr 29 f., 32, 34, 76, 82, 85–87, 97–100, 113–117, 139, 175, 189, 194
- Geschäftsleitung 20, 36, 74, 203, 209, 212
- Gesellschafter, außenstehende *siehe* Aktionäre, außenstehende
- Gesellschafterversammlung 4, 12, 16, 18, 31, 164, 178, 181, 211
- Gewinnabführung
 - fehlerhafte *siehe* Durchführungsmangel
 - Höchstbetrag 31 f., 37 f., 40 f., 60, 65 f., 69, 75, 81 f., 92, 94, 99, 101, 119, 129, 138, 144–146, 150, 152 f., 159–162, 173, 176 f., 183–186, 188–191, 212, 221–223, 227–230
 - ~svertrag 2, 5–7, 15–26, 28–34, 37–43, 66, 69 f., 73–77, 79–83, 89, 92, 94–96, 98 f., 119 f., 123 f., 128–135, 137, 141, 144–146, 148–151, 159, 162, 164, 173–178, 183–185, 189–194, 197 f., 202, 211 f., 217
 - Teil~svertrag 76, 173
- Gewinnanteil 100, 115, 130, 137–139, 144, 151, 224
- phasengleiche Vereinnahmung 68, 138 f., 142–144, 147, 149, 151
- Gewinnausschüttung
 - Begriff 11 f.
 - Grenzen 12–14
- Gewinnrecht 4, 10, 15, 18, 30, 141, 189
- Gewinnrücklage
 - gesetzliche 30, 66, 68, 164, 211, 228
 - vorvertragliche 26, 28, 32 f., 75 f., 82, 120, 131 f., 134, 145, 159, 162

- Gewinnvortrag 28, 42 f., 46, 76, 82 f., 106, 109, 158, 163, 169
- Gläubigerschutz 19, 22, 27 f., 33, 48, 59, 61, 65, 72 f., 79 f., 83, 102 f., 106 f., 109, 111–113, 115, 119, 121–123, 125, 129, 153 f., 156, 161, 165, 179 f., 183, 185, 187, 197, 213 f., 227
- Gleichbehandlungsgebot 167, 215
- Grundkapital 28, 67 f., 90, 101–108, 110 f., 115 f., 124–126, 128 f., 155, 187 f.
- Haftungssubstrat 102 f., 123, 214
- Handelsregister 16 f., 110, 112, 126, 180
- Hauptversammlung 12, 16 f., 30, 110, 189
- herrschendes Unternehmen 3, 15, 92, 157
- Herstellung
- Begriff 53–55
 - ~kosten 59
- Holding 1, 141
- hybrides Finanzierungsinstrument *siehe* Wandelschuldverschreibung
- Informationsfunktion (der Bilanz) 42, 48, 59, 61, 81, 170
- Insolvenz 36, 63, 94, 96, 123, 154, 160, 223
- ~masse 62
 - ~sicherung 63
- Jahresabschluss
- Berichtigung 217 f.
 - Feststellung 21 f., 27, 105, 140, 205, 208 f., 211 f.
 - Wirksamkeit 211–216
- Jahresfehlbetrag 25, 27 f., 38, 67, 77, 79, 132, 163, 169, 185, 226
- Jahresüberschuss 13, 19 f., 23, 27 f., 31 f., 38, 66, 77–80, 95, 111, 135, 138, 141, 145, 158–160, 163–178, 184–186, 191
- fiktiver 3, 29
- Kapitalerhaltung 4, 13 f., 23–25, 40, 101, 112, 120 f., 124 f., 127–129, 133, 138, 148, 152, 154, 189 f., 197, 214, 228
- Kapitalerhöhung
- aus Gesellschaftsmitteln 67, 120, 169 f., 172, 182, 187 f., 190, 229
 - bedingte 186 f.
- Kapitalherabsetzung
- Beschluss 100 f., 103 f., 107
 - effektive 102
 - Eintragung 103, 110, 112 f., 126
 - nominelle 102–104, 106, 120
 - ordentliche 102–104, 106 f., 116
 - Subsidiarität (der vereinfachten ~) 107, 128, 132, 134
 - vereinfachte 100–102, 105–134
- Kapitalkonto 44
- Kapitalrücklage 26, 28, 32, 66–68, 75 f., 88, 100 f., 105 f., 108, 111, 118, 170, 177–179, 182, 184, 191, 224, 227
- Kapitalrückzahlung 91, 102, 124, 128, 142, 180, 182
- Kapitalschnitt 104
- Kapitalschutz 23, 65, 124, 154 f., 157 f., 162, 167, 228
- Kleine Organschaftsreform 195, 197
- Kompetenzgefüge, innergesellschaftliches 153
- Konsolidierung 35
- Konzern
- ~abschluss 208, 212
 - ~eingangsschutz 4, 29, 40
 - faktischer ~ 149
 - mehrstufiger ~ 143
 - Vertrags~ 23, 121–124, 149–151, 175, 177, 189 f., 224, 228–231
- Konzernierung 29, 33, 175
- Konzernprivileg 23–25, 189
- latente Steuern
- aktive ~ 42, 46 f.
 - dynamische Ermittlung 47
 - passive ~ 46, 48, 70–74
 - statische Ermittlung 47
 - Überhang 46 f., 73, 75, 81, 89
- Markttest 55, 59 f.
- Minderabführung 39
- Minderheitenschutz 4, 13, 18 f., 26, 28, 33, 40, 102, 104, 107, 129, 132, 197, 221
- Mindeststammkapital 163, 168, 170, 177
- Mitgliedschaft 11 f., 15, 30, 104, 141, 181, 184, 186, 189
- Muttergesellschaft *siehe* herrschendes Unternehmen

- Nachschuss 178–186
 – unbeschränkte ~pflicht 181 f.
 Nebenabrede 38
 Nennbetragsaktie 104
 Nettomethode 71–74, 82
 Niederlassungsfreiheit 163
 Novation 28
- Obergesellschaft *siehe* herrschendes
 Unternehmen
 Organschaft
 – auf fehlerhafter Vertragsgrundlage 15 f.,
 37
 – Rechtsfolgen 34 f.
 – Voraussetzungen 38 f.
- Passivierung 29, 87, 142, 173, 189, 202
 Pensionsanspruch 92
 Pensionsanwartschaft 92
 Personengesellschaft, kapitalistische 44, 68,
 84, 139, 153
 Planvermögen 45 f., 48, 61–65, 73
- Rechtsstaatsprinzip 5, 195
 Risikobeitrag 124–128
 Risikoerhöhung 81
 Rücklagen
 – Auflösung 14, 27 f., 32 f., 66, 75, 100,
 107–109, 119 f., 131–134, 140, 143, 148,
 176, 184, 186
 – beschleunigte Bildung 28–30, 122 f., 128,
 146, 149, 176 f., 224, 229
 – fiktive 89–91, 155
 – frei verfügbare 42 f, 46, 65–68, 70, 72 f.,
 75, 82 f., 88, 91, 152, 159
 – hypothetische 109, 157 f.
 – vorvertragliche 26, 28, 32 f., 76, 120
 131 f., 134, 145, 159, 162, 184 f.
- Rückstellungen
 – Abzinsung 85, 87, 89, 99
 – Abzinsungszinssatz 87, 171
 – Laufzeit 85
 – Pensions~ 82–99
 – Voraussetzungen der Bildung 84
- Sanierung 103, 106, 115
 Satzung 12, 15 f., 18, 20, 66–68, 90, 112,
 155, 181
- SE, Konzernierung der 19
 Sicherheitsleistung 96, 103 f., 106, 116 f.,
 130
 Sonderposten 45, 61, 80 f., 178
 Spaltung 18
 Stammkapital *siehe* Grundkapital
 Steuersubjekt 1, 35 f., 71, 196
 Stimmrechte, Mehrheit der 36
- Thesaurierungsverpflichtung 173 f.
 Tochtergesellschaft *siehe* abhängiges
 Unternehmen
 Trennungsprinzip 1 f., 34
 Treuepflicht 12, 105, 107
 Treuhand 63 f.
- Überbewertung (von Bilanzposten) 214,
 216
 UG (haftungsbeschränkt) 163
 – Konzernierung 173–176
 Umbuchung 109, 111
 Umtauschrecht *siehe* Bezugsrecht
 Unterbewertung (von Bilanzposten) 216
 Unterbilanz 14, 103, 105 f., 113, 126 f., 180
 Unterdeckung 44, 168
 Untergesellschaft *siehe* abhängiges
 Unternehmen
 Unternehmensvertrag 4, 15, 23, 31, 33, 78
 Unterpariemiission 187–190, 229
- Veräußerung 39 f., 51, 56
 Verdeckte Gewinnausschüttung 13,
 165–168, 177, 194
 Verlustausgleich 2, 4 f., 7 f., 21–26, 40–43,
 73, 76–80, 94, 97, 100 f., 120, 122–124,
 128, 131–135, 138, 150–153, 161 f.,
 176–178, 185 f., 190 f., 202
 Verlustvortrag 28, 31 f., 42 f., 44, 46, 65–70,
 76, 82 f., 109, 163, 165, 168 f., 176
 Vermögensbindung 13, 123
 Vermögensgegenstand
 – abstrakte Aktivierbarkeit 49–51
 – immaterieller 51 f.
 – selbstgeschaffener 53–55
 Verschmelzung 18
 Verwässerung 187
 Verweisungstechnik 69 f., 77, 81, 146
 Vollständigkeitsgrundsatz 48, 143

- Vorbilanz 3, 20, 25, 77, 202
Vorstand 16 f., 27
- Wandelschuldverschreibung 67, 186–191
Weisung 5, 20, 38, 73 f., 135, 225
– existenzvernichtende 24
Wertaufholung 139, 143 f., 151
Wertguthaben 62 f.
Wertminderung 100, 105, 107 f.
Wiederaufbauhilfe *siehe* Aufbauhilfe
windfall profit 106
- Wirtschaftsgut, Abgrenzung zum Vermögensgegenstand 50 f.
- Zeitwert, Bewertung mit dem 42, 45 f., 48, 61, 64 f., 73 f., 81
Zurechnung (des Einkommens) 2, 34–36, 39, 71, 74, 95, 194
Zuschreibung *siehe* Wertaufholung
Zwangsvollstreckung 62
Zweckfortfall 127
Zwischenholding *siehe* Holding